

Zeitschrift: Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Glarus
Band: 60 (1963)

Artikel: Briefe an Bundespräsident Dr. Joachim Heer 1877
Autor: Vischer, Eduard / Segesser / Roth, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Briefe an Bundespräsident Dr. Joachim Heer

1877

Herausgegeben von Eduard Vischer

Einleitung

I

Der Nachlaß Dr. Joachim Heers, der erst seit kurzem wieder zugänglich geworden ist, enthält manche Stücke, die geeignet sind, helles Licht auf den Moment, in dem sie geschrieben sind, und gelegentlich auch darüber hinaus, zu verbreiten. Deshalb hoffen wir, ihn noch mehr als einmal zu kleinen Studien verwerten zu können. Für einmal haben wir die an Heer gerichteten Briefe durchgesehen, die aus dessen Präsidialjahr erhalten sind. Vieles wirkt nach so langer Zeit natürlich restlos vergangen, anderes ist zu einseitig, zu geschäftlich, zu wenig allgemein menschlichen Belanges, als daß es heute noch allgemein interessieren könnte, und das ist weiter nicht verwunderlich. Am gewichtigsten und substanziellsten sind ohne Zweifel die Briefe J. J. Tschudis aus Wien und Philipp Anton von Segessers aus Luzern, doch fallen leider die gehaltvollsten Briefe Segessers an Heer nicht in das Jahr 1877. Indessen bescheiden wir uns bei Segesser gerne, da ja eine große Briefausgabe im Entstehen begriffen ist, in der wir dereinst auch den Briefen an Heer begegnen werden. Tschudis große Episteln laufen neben den zahlreichen und umfänglichen Gesandtschaftsberichten her, die er teils an das Politische, teils an das Eisenbahn- und Handelsdepartement richtete. Sie stellen meist eine Antwort auf eine persönliche Anfrage Heers dar und sind so auch etwas persönlicher und weniger reserviert gehalten als die eigentlichen, offiziellen Gesandtschaftsberichte, mit denen der erfahrene Mann und angesehene, bedeutende Gelehrte seine heimatlichen Behörden verwöhnte, so daß ein Neuling wie Arnold Roth nur schwer mit ihm wetteifern konnte. Tschudis Briefe und Berichte werfen so viel Licht namentlich auf das innere und das äußere Leben der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, daß ernstlich zu fragen ist, ob sie nicht eines Tages einer historisch interessierten Öffentlichkeit im vollen Umfange zur Verfügung gestellt werden

sollten. In unserem Zusammenhange aber können wir Tschudis große Episteln nicht vollumfänglich wiedergeben, so schwer auch die Auswahl fallen mag. Schon die Rücksicht auf ein gewisses Gleichgewicht innerhalb der Briefsammlung gebietet Kürzungen. Zudem hat der Leser auch das Recht auf einige anderweitige Kostproben, nicht nur auf solche aus Wien, sondern auch aus Bern, Chur und Luzern sowie aus Berlin und Rom.

Dr. Joachim Heer leitete als Bundespräsident, wie es damals und noch lange üblich war, das Politische Departement; 1876 hatte er dem Postdepartement vorgestanden, 1878 wechselte er auf das Eisenbahn- und Handelsdepartement hinüber, das in der Schlußphase der Gotthardangelegenheit von besonderer Wichtigkeit war. Auf dem außenpolitischen und diplomatischen Felde war Heer übrigens kein Neuling, hatte er doch 1867 und 1868 in diplomatischer Mission in Berlin gewohnt. Aber wichtiger als die Sachkenntnis im einzelnen war offenbar Heers politischer Charakter. Segesser weiß zu berichten, daß Bundesrat J. Dubs vornehmlich sein «Talent, in schwierigen Lagen Übergänge, allseitig wenigstens teilweise befriedigende Lösungen, zu finden», bewundert habe und ihn wohl im Scherz den «großen Brückenbauer» genannt habe. «Dabei anerkannte er», fährt Segesser fort, «daß darin eigentlich die Kunst des republikanischen Staatsmannes liege» (S. an Heer, 22. 1. 1879).

Die Briefe, die wir für die Leser unseres «Jahrbuches» ausgewählt haben, führen auf reizvolle und lebendige Art aus der Perspektive eines bestimmten Tages in die Probleme ihrer Zeit ein. Probleme der großen Weltpolitik und der Innenpolitik verschlingen sich schon in den Briefen Tschudis, aber auch die Briefe Segessers und Weltis sind des Sinnes für die international gefährvolle Lage nicht bar. Die Sorge um Bewahrung und Erhaltung des Vaterlandes in Gefahren, die nicht für jedermann greifbar zu Tage lagen, verbindet die Briefschreiber.

Unsere Briefe sind nicht mehr in jeder Einzelheit ohne weiteres verständlich. Wenn wir den laufenden Kommentar auf die Klärung personengeschichtlicher und ähnlicher Details beschränken, so ist es wohl nicht überflüssig, den geschichtlichen Hintergrund der vorgelegten brieflichen Äußerungen in den knappsten Zügen zu skizzieren.

II

Tschudis Briefe sind aus Wien datiert, der alten Hauptstadt der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Nicht nur der Antagonismus der verschiedenen sprachlichen Gruppen dieser Staatenkonglomera-

tion, die sukzessive ihre westlichen Positionen hatte aufgeben müssen (1648, 1815, 1859, 1866), machte deren Weiterbestand problematisch, zumal der im Jahre 1867 geschaffene Dualismus nur eine prekäre Lösung bedeutete. Außenpolitisch war Österreich-Ungarn seit 1873 mit dem neuen Deutschen Reiche und mit Rußland durch das Dreikaiserbündnis verbunden. Dieses Bündnis aber entsprach an einer Stelle nicht ohne weiteres einer Selbstverständlichkeit. Das österreichisch-russische Verhältnis war durch die Balkanfrage belastet, durch die Emanzipationsbestrebungen der Balkanvölker vom Joche der Türkei. Hier schaltete sich Rußland, seine eigenen machtpolitischen Ziele kaum verhüllend, als Protektor der christlichen Slawen ein. In Konstantinopel aber tat sich die Meerengenfrage auf, zum dritten Male in diesem Jahrhundert. Im Krimkrieg war Rußland vom Schwarzen Meer abgedrängt worden. Nun hatte es sich während des deutsch-französischen Krieges einseitig von den Schwarzmeerklauseln des Pariser Friedens von 1856 befreit. Im russisch-türkischen Krieg von 1877/78, dem der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina (1875) und der serbisch-türkische Krieg (1876/77) vorangegangen waren, ging es ums Ganze: um das uralte russische Ziel der Beherrschung der Meerengen. Hier aber kamen nun zunächst österreichische Interessen ins Spiel, denn die Doppelmonarchie fürchtete für ihren Bestand, wenn sich an ihren Grenzen starke, selbständige Balkanstaaten etablierten, die eine Anziehung für die Slawen im Reichsverbande bilden konnten. Russisch-österreichische Spannungen waren die Folge. Weltpolitisch noch wichtiger war es, wenn sich Großbritannien nunmehr wieder in die internationale Politik einschaltete. Großbritannien hatte sich ja während der Umwälzung der kontinentalen Machtverhältnisse, die mit der Begründung des deutschen Kaiserreiches und dem Sturze Napoleons III. eingetreten waren, in liberalster Weise zurückgehalten. Nun war 1874 Disraeli Premierminister eines konservativen Kabinettes geworden. Großbritannien, wo man eben noch auf den Freihandel eingeschworen war und geradezu an eine Liquidierung der Kolonien hatte denken können, wurde eine imperialistische Macht. Mit dem 1. Januar 1877 trat die Königin Viktoria in die Stellung einer Kaiserin von Indien ein. Im nahen Osten hielten die englischen Staatsmänner den Fortbestand der Türkei, die die Meerengen kontrollierte, für lebenswichtig für ihre Wege nach Indien. Der englische Botschafter in Konstantinopel hatte denn auch alles getan, um durch die internationale Konferenz in Konstantinopel, die vom 22. Dez. 1876 bis 20. Jan. 1877 dauerte, den drohenden Ausbruch eines russisch-türkischen

Krieges verhindern zu helfen. Ohne Erfolg. Als sich gegen Ende des Jahres 1877 die russischen Waffen nun als die stärkeren erwiesen, wurde die Möglichkeit einer englischen Intervention immer drohender und damit die Gefahr des Ausbruches eines großen europäischen Krieges. Bekanntlich ist diese durch den Berliner Kongreß (13. Juni bis 13. Juli 1878), an dem unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck die Signatarmächte des Pariser Friedens von 1856 teilnahmen, abgewendet worden. Aber Rußland verlor durch diesen Kongreß fast alles, was es im Frieden von San Stefano (3. März 1878) gewonnen hatte. Das russisch-österreichische Verhältnis blieb gestört, und nur der diplomatischen Kunst Bismarcks konnte es gelingen, eine Annäherung Rußlands an Frankreich noch einige Jahre lang hintanzuhalten. Der englisch-russische Gegensatz verlagerte sich in den mittleren Osten, in die afghanischen Grenzgebiete Indiens, ja, nach dem fernen Osten. Durch diese (und anderweitige) imperialistische Bestrebungen der Großmächte, deren Machtgegensätze sich fern von Europa austobten, blieb der europäische Friede, der 1877 ernstlich bedroht schien, bis an den Beginn des 20. Jahrhunderts gewahrt, wo nun die Balkankriege, an die sich unsere älteren Zeitgenossen noch lebhaft erinnern, in der Tat den Auftakt zum Weltbrande bildeten.

Weitere Schwierigkeiten erwuchsen damals, nicht nur für Österreich-Ungarn, auch aus der Handelspolitik, wo man eben in jenen Jahren die kurze Phase des Freihandels abschloß und zu einer neuen Schutzzollpolitik überging. Das machte komplizierte Verhandlungen und neue Zollltarife nötig, was auch den schweizerischen Industriestaat lebhaft beschäftigen sollte. In J. J. Tschudis Briefen ist namentlich von einem schweizerisch-rumänischen Handelsvertrage die Rede, der in Wien abzuschließen war, doch können gerade diese Teile der Briefe nicht in die Publikation aufgenommen werden.

Eine Frage, die international und national zugleich ist, ist diejenige der Diplomatie. In Bern war damals zu entscheiden, ob das schweizerische Gesandtschaftswesen, das noch in den Kinderschuhen steckte, weiterzuführen sei oder nicht. Tschudi trat auf dem Hintergrund der eben gezeichneten gesamteuropäischen Situation mit Überzeugungskraft für die Beibehaltung dieses wichtigen Instrumentes der staatlichen Politik ein, über dessen Nutzen die beiden Korrespondenten schon zehn Jahre zuvor — 1866 — eingehende briefliche Auseinandersetzungen gepflogen hatten, und G. B. Pioda brachte auf Grund seiner römischen Erfahrungen weitere Unterstützung. Heer bedurfte im Grunde der jetzigen Ermahnungen nicht.

Die Botschaft, die Tschudi in seinem ersten Briefe anzieht, ist, wie sich aus den Akten ergibt, von Heer selbst redigiert. Durch die Behandlung in der Bundesversammlung und die geschickt lavierende Politik Heers in der Folgezeit wurde das Problem einer — sehr vorläufigen — positiven Lösung zugeführt.

Durch die Briefe Segessers und Baviors werden wir inne, wie bewegt damals auch das politische Leben der Schweiz noch war. Noch stand man mitten in der Vollziehungsgesetzgebung, die die Verfassung von 1874 zur lebendigen Realität machen sollte. Die Parteigegensätze, die durch die Kulturkampfpapieren der Radikalen und das neue Aufleben des welschen Foederalismus akzentuiert wurden, erschwerten diese Aufgabe, auf die indes unsere Briefe leider kaum ein Licht fallen lassen. Aber nun stellte das Jahr 1877 das große Krisenjahr nicht nur des Gotthardunternehmens, sondern des schweizerischen Eisenbahnwesens überhaupt (Katastrophe der «Nationalbahn», Krise der Nordostbahn) dar. Und die allgemeine Wirtschaftskrise drückte bereits auf die Staatsfinanzen und veranlaßte zu Einsparungen, wobei aber nicht ganz leicht zu entscheiden ist, ob wirklich ein echter Notstand der Staatsfinanzen vorlag oder ob es sich mehr um eine Art Wachstumskrise des jungen Bundesstaates handelte. Im Juni des Jahres präsierte Bundespräsident Heer, von schwerer Krankheit, die ihn mehr als ein Vierteljahr von den Geschäften ferngehalten, kaum genesen, in Luzern die Gotthardkonferenz, die die internationale Basis der finanziellen Sanierung des Unternehmens legte. Aber es verstrichen noch viele Monate, bis die Abmachungen in Rom und Berlin wie in Bern ratifiziert waren. Die an Heer gerichteten Briefe Roths aus Berlin und Piodas aus Rom, die wir indes in diesen mehr geschäftsmäßigen Partien nicht im Drucke wiedergeben, wie diejenigen Alfred Eschers und Feer-Herzogs, die wir ganz auf sich beruhen lassen müssen, lassen ahnen, wieviele Schritte dazu noch nötig waren. Doch lag vielleicht die größte Schwierigkeit weder in Berlin noch in Rom, vielmehr in der Eidgenossenschaft selber. Zwei Gegnerschaften, die sich dem Arrangement gegenüber erhoben, waren es: die parteipolitische, sei es konservative, sei es demokratische, und die regionale der Ost- bzw. Westbahnfreunde. Der zweiten kam der Kompromiß entgegen, indem die jetzt zu leistende Bundessubvention an den Gotthard mit dem Versprechen von künftigen Subventionen an allfällige Ost- und Westalpenbahnen kombiniert wurde. Damit aber war auch die parteipolitische Gegnerschaft zersprengt, die natürlich mit der regionalen personell zum Teil zusammengefallen war, und es

war nur eine unentwegte Minderheit, die noch in der Opposition blieb. Philipp Anton von Segesser gehörte dazu, doch gehört der wichtige Brief an Heer, in dem er diese Opposition eingehend motiviert, zeitlich nicht mehr in unseren Zusammenhang.

Aber auch unsere schweizerischen Kantone hatten noch in viel höherem Maße als heute ein eigenes bewegtes politisches Leben, hatten Parteikämpfe, die auch noch zu gewalttätiger Unterdrückung der einen durch die andern ausarten konnten. Die im Bunde siegreiche Partei hatte seit 1847 immer wieder ihre Parteifreunde in kantonalen Kämpfen gestützt, jetzt, wo im Bundesrate gemäßigte Kräfte, das sog. Zentrum, den Kurs bestimmen, ist der Moment zu derartigen Interventionen des Bundes längst vorüber. Aber das alte Mißtrauen ist nicht so schnell ausgerottet. Segesser, der mit Heer seit Jahren durch ein Verhältnis hoher gegenseitiger Achtung verbunden war und sich auch mit politischen Sorgen gerne und offenherzig dann und wann an ihn wandte, gab ihm Ausdruck und durfte hoffen, damit bei Heer nicht anzustoßen. Auch andere Politiker baten den Bundespräsidenten direkt und persönlich um Intervention oder Vermittlung, so der Freiburger konservative Nationalrat de Weck-Reynold für die Katholiken im Berner Jura, so der Tessiner Radikale Mordasini anlässlich des ersten Stabioprozesses. Doch müssen wir diese und manche andere Briefe für einmal beim Nachlaß ruhen lassen.

Innere und äußere Sorge konnten sich für den, der das Ganze sah, zusammenschließen. Segesser, der Tschudis Berichte und Briefe nicht kennen konnte, war von der Ahnung nahe bevorstehender Prüfungen erfüllt. Bei der Lektüre seiner Briefe müssen wir allerdings zu scheiden wissen zwischen sarkastischen Bemerkungen und echter Sorge. Zu den ersten rechnen wir, wenn er einmal bemerkt, «Schlaue wollen wissen, die Tessinergeschichte stehe mit der orientalischen Krisis in Verbindung, oder gar mit der Gotthardangelegenheit und deshalb erfordere sie so langes Nachdenken» (an Heer, 10. Okt. 1876). Echte patriotische Sorge aber bewegt ihn, wenn er Heer gegenüber betont, wie wichtig gerade jetzt ein Entgegenkommen an lange Unterdrückte (er dachte an die tessinischen Konservativen) sei. «Die Verantwortung», schrieb er am 12. April 1876 an Heer, «welche sich die eidgenössischen Behörden [aufladen] durch die Connivenz oder, wenn Sie lieber wollen, durch das Gewährenlassen von Ungerechtigkeiten, die das ganze Volksbewußtsein unterdrückter Massen empören, ist größer, als man sich gewöhnlich vorstellt. Man glaubt, über solche Dinge wachse Gras und niemand werde sich daran erinnern, wenn

einmal die Stunde der Prüfung komme. Aber ich fürchte, das Gras wird nicht mehr Zeit haben, hoch zu wachsen, bis ernste Stunden für die Schweiz kommen, und man thäte wohl, sich zu erinnern, daß die gemeinen Vogteien für die alten Orte in den schlimmen Stunden keine Stärkung waren.»

Zu unserer Briefausgabe

Editionsregeln

Die Eigentümlichkeiten der Rechtschreibung werden beibehalten und im Drucke wiedergegeben, während die Interpunktion konsequent modernisiert wird. Abkürzungen sind stillschweigend aufgelöst, wenige Verschreibungen in gleicher Weise behoben, einzelne Ergänzungen in eckige Klammern gesetzt. — Leider konnten wir nicht nur vollständige Briefe bringen, sondern mußten zu Kürzungen unsere Zuflucht nehmen. Punkte weisen auf Auslassungen, doch nicht auf deren Ausmaß hin. In einzelnen Fällen werden die fehlenden Partien in Regestform wiedergegeben, und zwar in Kursivsatz, während innerhalb der Texte die Kursive Stellen bezeichnet, die von den Briefschreibern durch Unterstreichen hervorgehoben wurden.

Die Briefe sind in zeitlicher Reihenfolge angeordnet.

Die erklärenden Anmerkungen sind möglichst kurz gehalten. Selbstverständlich wurden alle erreichbaren Hilfsmittel, selbst archivalische, zu Rate gezogen, doch wurde Literatur nur ausnahmsweise zitiert. Briefe, die der Kommentierung allzu große Hindernisse in den Weg legten, mußten schon aus diesem Grunde aus der Sammlung ausgeschlossen werden.

Schriftproben von E. Welti (Anfang von Brief 12), Ph. A. von Segesser (Schluß von Brief 13) und von J. J. Tschudi (Schluß von Brief 14) finden sich auf den Seiten 47, 49 und 56.

Die Briefschreiber

Simon Bavier, 1825—1896, aus Chur, Ingenieur, war 1877 Nationalrat. Er wurde Heers Nachfolger im Bundesrat, später Gesandter in Rom. — *Giovan Battista Pioda*, 1808—1882, Advokat, von Locarno, Bundesrat 1857—1864, Gesandter in Italien 1864 bis zu seinem Tode. — *Arnold Roth*, 1836—1904, von Teufen, Dr. iur., Oberst, 1861 bis 1868 Gesandtschaftssekretär in Paris, dann außerrhodischer Regierungs- und Ständerrat, Gesandter in Berlin vom 14. 1. 1877 bis zu seinem Tode. — *Philipp Anton von Segesser*, 1817—1888, von Luzern, Dr. iur. h. c., Nationalrat 1848—1888 als Führer der katholisch-konservativen Opposition, Schultheiß von Luzern 1872, 1876, 1884. Bedeutender Zeitkritiker und Geschichtsschreiber. — *Johann Jakob von Tschudi*, 1818—1889, von Glarus, Dr. med. et phil., Forschungsreisender in Peru, Ethnologe, Arzt, Geschäftsträger in Wien 1866—68, von 1868 bis 1882 Gesandter daselbst. — *Emil Welti*, 1825—1899, von Zurzach, Fürsprecher, aargauischer Regierungsrat 1856 bis 1866, Dr. iur. h. c., Bundesrat 1866—1891.

Der Empfänger

Joachim Heer lebte von 1825—1879. Dr. iur. der Universität Heidelberg. Er war Landammann des Kantons Glarus von 1857—1875 und seit dem gleichen Jahre auch

Nationalratsabgeordneter. In den Bundesrat wurde er im Dezember 1875 gewählt und gehörte ihm während der drei Jahre 1876, 1877 und 1878 an. Gesundheitsrücksichten zwangen zum Rücktritt. Heer starb, nach Glarus zurückgezogen, am 1. März 1879.

Über J. Heer ist in unserem letzten Jahrbuch, 1960, manches nachzulesen, dort ist auch alle ältere Literatur wie die Quellen verzeichnet, die über Heer Auskunft geben. Bei der Abfassung jener Studie wurde zwar erwähnt, ALFRED STERN habe für sein großes Werk über das 19. Jahrhundert Heers Gesandtschaftsberichte benutzt, doch entging es dem Verfasser damals, daß dieser unter dem Titel «Aus den Gesandtschaftsberichten von Joachim Heer und Bernhard Hammer», in: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur 3, 1923/24, 14—27 (Heer), 72—78 (Hammer), das große Gespräch Heers mit Bismarck wie Auszüge aus anderen Relationen bereits publiziert hat. STERNS Edition unterscheidet sich, abgesehen von einzelnen geringfügigen Abweichungen in der Lesung und Wiedergabe, dadurch von der unsern, daß er eine reine Textausgabe bietet und auf einen Kommentar fast ganz verzichtet.

DIE BRIEFE

1. *Segesser an Heer, 28. 1.*

Luzern, den 28. Jänner 1877.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

In sofortiger Beantwortung Ihres Verehrten von gestern bin ich gerne bereit, meinen Freunden in Tessin einen Rath zu geben, der mit Ihren Ansichten im Wesentlichen übereinstimmt. Ob derselbe jetzt so leicht Anklang findet wie vor dem Wahltag¹, wage ich aber nicht zu entscheiden. Während ich früher beständig mit Telegrammen bombardirt wurde, erhielt ich dießmal erst am zweiten Tage nach dem Wahltag in aller Kürze die direkte telegraphische Anzeige von dem Resultat, das ich bereits aus den Zeitungen kannte. Ich bemerke dieses nur, um Ihnen zu sagen, daß ich meinen Einfluß nicht überschätze und nicht überrascht wäre, wenn derselbe im Augenblick, wo sein Effekt nicht mehr nothwendig scheint, auf Null herabsänke. Ich habe vor Jahren eine ähnliche Wahrnehmung in Freiburg gemacht, für das ich lebhafter in die Schranken getreten war als für Tessin². Nachdem die Sache in Ordnung war, fragte kein Mensch

¹ S. denkt an die Tessiner Großratswahlen vom 19. Januar 1877, aus denen 69 Konservative und 41 Radikale hervorgingen.

² Das radikale Regiment in Freiburg, das sich seit dem Sonderbundskrieg mit mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln aufrechterhalten hatte, war mit den Wahlen und der Verfassungsrevision des Jahres 1857 zu Ende gegangen. (Siehe HANS SCHNEIDER, Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates 1848—1874, Zürich 1931, S. 336 bis 352: Herrschaft und Sturz der Radikalen in Freiburg). Nationalratsreden SEGESSERS zu Gunsten der Freiburger: Sammlung Kleiner Schriften, Band 3 (Reden im schweiz. Nationalrathe und staatsrechtliche Abhandlungen), S. 13—19, 47—50, 67—68, 69—77.

mehr nach mir. Ich werde in kurzem noch eine größere dießfällige Erfahrung zu registriren haben. Das ist nun einmal der Lauf der Welt, und es müßte einer ein schlechter Philosoph sein, wenn er sich darüber formalisiren wollte.

Im ganzen Umfang könnte ich die Ansichten des Herrn *Bavier*³ übrigens den Tessinern nicht empfehlen. 2 Mitglieder auf 5 der Opposition zu geben im Staatsrath, wäre nach meinem Dafürhalten in Tessin zu gewagt. Dagegen habe ich schon lezthin in Bern empfohlen, der Opposition wenigstens durch Ein Mitglied Vertretung und Controle zu geben.

Die Sache liegt eben anders im Tessin als bei uns anno 1871⁴. Bei uns sind die Liberalen in ordentlichem gesetzlichem Wahlkampf unterlegen und haben sich in die Niederlage gefügt, man konnte dem Volke dieses sagen. Im Tessin ist auf eine beispiellose Weise gewirtschaftet worden, um das Volk um seine Rechte zu bringen; wie ist es möglich vor dasselbe hinzutreten und ihm zuzumuthen, die Gewalt in diejenigen Hände zu legen, die es unterdrücken wollten? Die Erregung der Gemüther war bei uns nicht so groß wie dort, und es gab unter unsrer Gegenpartei Elemente, mit denen eine Verständigung möglich schien. In Tessin bin ich heute noch nicht der Überzeugung, ob es ohne Waffenkampf abgehen wird. Die Regierungsgewalt muß erst ganz und unbestritten in der Hand der Majorität liegen, dann bin ich für möglichste Mäßigung. Bei einer solchen Bewegung, und namentlich bei einem Volke, das politisch nicht so gebildet ist wie das unsere, müssen die Führer auch darauf bedacht sein, bei einem Compromiß nicht ihre eigene Partei von sich abzuwenden oder muthlos und zweifelhaft zu machen. Bei uns war die Sache leichter, weil wir das Volk seit Jahren auf unseren Standpunkt vorbereitet und ein solches Compromiß bereits in unser Aktionsprogramm gestellt hatten. Im Tessin wäre das unmöglich gewesen. Ob wir selbst vielleicht nicht etwas

³ Der damalige Nationalrat Simon Bavier GB hatte im Spätjahr 1876 als eidgenössischer Kommissär durch sein kluges Auftreten eine Pazifikation im Tessin zustandegebracht und weilte nun vor und nach den Großratswahlen nochmals in bundesrätlichem Auftrage jenseits des Gotthard. Seine Berichte finden sich im Bundesarchiv. Vgl. auch: Aus Bundesrat BAVIERS Lebenserinnerungen, in: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur II, 1922/23; GIULIO ROSSI und ELIGIO POMETTA, Geschichte des Kantons Tessin (deutsche Bearbeitung von Max Grütter-Minder), Bern 1944, bes. S. 306—330.

⁴ In den Großratswahlen vom 7. Mai 1871 wurden auf 136 Abgeordnete 81 Konservative gewählt. Damit war im Kanton Luzern die radikale Herrschaft, die seit Ende 1847 bestanden hatte, gestürzt.

zu weit gegangen sind, ist eine Frage, die unnütz zu erörtern ist, aber doch gestellt werden könnte.

Was die Toleranz bei Untersuchung betrügerischer Großrathswahlen betrifft, so könnte ich dieselbe nicht empfehlen. Denn hier handelt es sich um ein Prinzip der öffentlichen Moral, dessen Stärkung gerade in Tessin sehr angezeigt ist. Wir haben in dieser Beziehung niemals Toleranz weder verlangt noch geübt, und es wäre gut, wenn man im Kanton Tessin auch einmal auf diesen Standpunkt käme. Unsere alten Liberalen, *Knüsel*⁵, *Dula*⁶, *Zingg*⁷ etc. haben dieses seit 1869 begriffen, die junge Schule allerdings ginge gern wieder auf den frühern Standpunkt zurück, allein so lange wir das Heft in Händen haben, müssen sie sich fügen.

Was die confessionelle Politik betrifft, so glaube ich, es werde mit den Konservativen im Tessin, wenn sie wirklich zur Regierung kommen, sehr gut zu verhandeln sein, um so mehr da ein großer Theil des Clerus, namentlich im Sottocenere, auf Seite ihrer Gegner steht. Die Führer sind bei weitem nicht so klerikal, und der Clerus ist bei weitem nicht so mächtig, als man glaubt. Ich glaube z. B., daß die Vollziehung des Bundesbeschlusses wegen Abtrennung von Como und Mailand⁸ bei einer neuen Regierung mehr Förderung finden werde als bei der alten.

Was die Tessiner zu thun haben, wenn sie das Heft in die Hände bekommen, das ist nach meiner Ansicht, die ich ihnen heute übrigens noch nicht sage, einfach, die Städte [?] niederzuhalten und die Liberalen auf dem Lande an sich zu ziehen. Wir haben darin gefehlt, daß wir nur das eine thun, das andere aber lassen wollten.

Von den Führern im Tessin kenne ich nur Pedrazzini⁹ und Von-

⁵ Melchior Josef Martin Knüsel, 1813—1889, gehört von 1852—1855 dem luzernischen Regierungsrath, von 1855—1875 dem Bundesrath an.

⁶ Franz Dula, 1814—1892, Dr. phil., gehörte von 1847—1849 dem luzernischen Regierungsrath an, von 1851—1867 dem Großen Rath; er war Direktor des luzernischen Lehrerseminars in Rathausen von 1849—1867, des aargauischen Lehrerseminars in Wettingen von 1867 bis 1886.

⁷ Josef Zingg, 1828—1891, Regierungsrath 1863—1871, Nationalrath 1872—1878, Vicedirektor der Gotthardbahn (später Präsident) seit 1871.

⁸ Der Bundesbeschluß betr. die Lostrennung schweizerischer Landesteile von auswärtigen Bistumsverbänden vom 22. Juni 1859 visierte besonders die Gewalt des Erzbischofs von Mailand und des Bischofs von Como über den Kanton Tessin und die bündnerischen Täler am Südfuß der Alpen. Eine positive Neuregelung kam erst im Jahre 1884 zustande.

⁹ Martino Pedrazzini, 1843—1922, Advokat, konservativer Politiker, Staatsrath, Nationalrath 1875—1890, dann Professor der Rechte in Freiburg. Vgl. auch Bayers Charakteristik: a. a. O., S. 81.

mentlen¹⁰ näher, Lurati¹¹ und Respini¹² fast gar nicht. Ich schreibe an Pedrazzini und werde mir erlauben, Ihren Namen, jedoch nur in der allergeeinsten, unpräjudicialsten Weise, zu gebrauchen, dann lediglich von mir aus Vertretung der Liberalen durch wenigstens ein Mitglied im Staatsrath und mehrere im Obergericht sowie Mäßigung — aber Festigkeit — in allem andern zu empfehlen.

Ich erlaube mir, auf diese vertrauliche Antwort meinen Amtsstempel zu drücken, da Sie nicht mehr Wächter ex officio des Postregals sind, und werde als Ersatz für diese Defraudation die patriotische Pflicht erfüllen, zwei Grandson-Cigarren à 8—9 [?] ¹³ zu rauchen.

Stets zu Ihren Diensten mit Vergnügen bereit, zeichnet hochachtungsvollst

Ihr ergebener *Dr. Segesser*

2. *Segesser an Heer 30. 1.*

30./1. 77¹.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Im Anschluß an mein Vorgestriges melde Ihnen, daß, wie es scheint, die Intervention des Herrn Bavier sich in Formen bewegt, die einer unberechtigten Beeinflussung ähnlich sehen. Es ist mir diesen Augenblick eine chiffirte Depesche von einem Herrn *Zwicky* zugekommen, die ich

¹⁰ Carlo Vonmentlen, 1830—1906, war von 1867—1875 und von 1877—1899 Mitglied des tessinischen Großen Rates, von 1872—1887 des Nationalrates.

¹¹ Bernardino Lurati, 1829—1880, war einer der Gründer der konservativen Partei im Tessin. Redaktor. Dem Großen Rate gehörte er seit 1860, dem Nationalrat seit 1875 an.

¹² Gioacchino Respini, 1836—1899, Lehrer, dann Jurist, konservativer Parteiführer, dem Großen Rate seit 1867, dem Staatsrate seit 1890 angehörend; Ständerat war er von 1879—1885.

¹³ Diese leise ironische Stelle bedarf kaum eines Kommentars. Will man doch eine Erklärung geben, so wird fast anzunehmen sein, daß S. ausländischen Tabak vorzog und im Stumpenrauchen an sich die Erfüllung einer vaterländischen Pflicht sah. Gerade in jenen Jahren war «der Tabakbau in der Schweiz» Gegenstand einer Broschüre (von J. LEUENBERGER, Bern 1880). Noch näheren Bezug zu unserer Briefstelle vermittelt aber vielleicht der Umstand, daß, wie N. REICHESBERGS Handwörterbuch zu entnehmen ist, der Kanton Waadt die Produkte des einheimischen Tabakbaus besteuerte, so daß also der Stumpenraucher den Genuß mit einer Gebühr an den Staat verband.

Zu Brief 2: ¹ Wir geben das offensichtlich eilig hingeworfene Datum in der originalen Form wieder. Auch die Schriftzüge bestätigen den Eindruck, daß dieser Brief sehr rasch aus der Feder floß.

Ihnen mittheilen sollte, des Inhalts, soviel ich mit Hülfe der Mittelsperson, an die sie zu meinen Händen gerichtet war, enträthseln konnte, daß Herr Bavier die bekannten 3 à 2 vorgeschlagen, was neue Unruhen hervorrufen könnte, indem, wenn der Große Rath darauf einging, das Volk dagegen reagiren würde.

Nun habe ich lezthin zwar den persönlichen Besuch eines jungen Herrn Zwicky gehabt, der mir viel über Tessiner Angelegenheiten sprach; da er mir aber keinerlei Beglaubigung vorwies und ich über seine Beziehungen nach Oben und Unten gänzlich auf seine Aussagen angewiesen war, schickte ich ihn mit höflichen Worten weiter. Auch heute ließ ich ihm zurücktelegraphiren, wenn die Herren vom [?] Tessin mir etwas zu telegraphiren haben, so soll einer von ihnen es thun, und wenn dem Herrn Bundespräsidenten etwas zu berichten sei, so möge es directe gethan werden.

Sollte übrigens dieser Herr Zwicky, der mir in diskreter Weise en passant bemerkte, er sei ein weitläufiger Verwandter mit Ihnen, wirklich eine Berechtigung haben, in diesen Dingen als vertraulicher Vermittler von Nachrichten etc. zu dienen, so möchte ich bitten, mich mit zwei Worten zu benachrichtigen². Ich möchte dieses gern auch den Herren vom Tessin sagen, denn ich bin immer etwas mißtrauisch und habe lieber Creditive schwarz auf weiß als bloß schöne Augen.

Das kann ich mir übrigens denken, daß das Volk empört wäre, wenn die Frucht aller Anstrengungen ihm nun wieder diplomatisch aus der Hand gewunden werden wollte. Es wäre Herrn Bavier vielleicht zu empfehlen, daß er nicht zu weit gehen möchte, sonst würde die Sache den Anschein von Camaraderie erhalten.

In Eile

Ihr ergebener *Dr. Segesser*

² Wenn es sich hier wirklich um einen weitläufigen Verwandten Heers handelt, so könnte nach der handschriftlichen «Genealogie des Landes Glarus» am ehesten an Karl Jakob Heinrich Zwicky, geb. 1858, gedacht werden, der sich später in Bordeaux als Kaufmann niederließ. Er war von der Mutterseite her ein Vetter vierten Grades von Heer. — Beim Nachlaß Heer liegt ein langes Schreiben eines H. Zwicky, damals in Locarno niedergelassen, vom 18. Oktober 1876, mit Bericht über die Vorgänge jener Tage, dagegen hat sich bis jetzt kein Brief dieses (oder eines andern) Zwicky aus dem Jahre 1877 gefunden.

Berlin, den 6. Febr. 1877.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Meinem Versprechen gemäß berichte ich Ihnen vertraulich über das gestrige Diner bei dem Reichskanzler, welches mir also den interessanten Anlaß geboten hat, den großen Mann persönlich kennen zu lernen und zwar in seinem engsten Familienkreise und auch von der gemüthlichen Seite. Ich kann bei diesem Berichte um so offener sein, als ja die Gunst, welche mir durch die Einladung zu Theil wurde, *nicht mir persönlich*, sondern *der Schweiz und dem Bundesrathe*, welche ich hier zu vertreten die Ehre habe, *galt*. Zudem betrachte ich diesen der Form nach allerdings ganz und gar außergeschäftlichen Anlaß immerhin als für meine offizielle Stellung indirekte sehr bedingend und darf also auch von diesem Standpunkte aus ohne Rückhalt darüber sprechen . . .

Bismark, der natürlich, wie gewohnt, in Uniform war, empfing mich äußerst freundlich. Als man zu Tische gieng, bat er mich, der Fürstin meinen Arm zu geben, und fügte bei, er werde die Ehre haben, meine Frau zu Tisch zu führen. Die Unterhaltung während des Diners war sehr heiter und ungezwungen, der Fürst schien wohl und gut gestimmt und unterhielt sich während der ganzen Mahlzeit in der freundlichsten Weise mit meiner Frau. — Nach dem Diner wurde im Salon der Café servirt und zwar bei einer Cigarre, indem Bismark sofort die Damen um die Erlaubniß angien, den Herren das Rauchen in ihrer Gesellschaft zu ermöglichen. Er selbst gieng mit dem guten Beispiele voran, indem er sich eine ganz gewöhnliche Studentenpfeife mit langem Weichselrohr bringen ließ und mich dann einlud, mich neben ihn zu setzen. — Nun erst wurde er recht gemüthlich und gesprächig. Vorerst war die Rede von seinem Sohne Herbert, indem ich mich nämlich nach demselben erkundigte. Bismark gab mir zur Antwort, er sei zur Zeit in Wien (was mir bekannt war), er habe ihn aber der dortigen Botschaft nur «geliehen», im Sommer müsse er wieder bei ihm zu Hause (in Varzin) als Geheim-Sekretär Dienste thun, denn er brauche hauptsächlich auf dem Lande eine solche Vertrauensperson, indem er alle seine Güter selbst verwalte. Hierauf sprach er einlänglich über die Bewirthschaftung dieser Güter, über seine Waldungen, wo er sich immer so glücklich fühle u.s.w., und erkundigte sich dann auch nach unsern forstlichen Zuständen. Noch bemerke ich, daß die Tochter Bismark meiner Frau sagte, der Sohn Bismark werde im Früh-

jahr wieder nach Bern kommen, um während des Urlaubs des Herrn General von Roeder als Geschäftsträger zu amten¹. — Später kam der Fürst auf Veranlassung des Herrn Ceremonienmeister von Roeder auf unser Militär zu sprechen und sagte mir: «Es freut mich immer zu vernehmen, daß die Schweiz so viel für ihre Armee thut, *wir* müssen ja unbedingt wünschen, daß die Schweiz und Belgien tüchtige Armeen besitzen, um gegebenen Falls ihre Neutralität mit Erfolg zu vertheidigen. In dieser Richtung sieht es nun allerdings in der Schweiz viel besser aus als in Belgien, der Schweizer ist viel mehr durchdrungen von seiner Aufgabe betreffend die Wahrung der Neutralität als der Belgier, die Belgier sind verweichlicht und unzuverlässig. — Wir sind also nicht wie die Franzosen, welche sich im Grunde immer die schweizerische und die belgische Armee möglichst schwach wünschen, wir wollen sie stark wissen, eben wegen der Neutralität, und *wir* werden ja die Schweiz nie angreifen.»

Nun nahm Bismark Anlaß von der französischen Armee, von seinen Unterhandlungen mit Thiers² und von den geographischen Schnitzern dieses letztern zu erzählen, wobei er hervorhob, daß selbst Napoleon III., trotz seiner deutschen Bildung, auf dem Gebiete der Länder- und Völkerkunde wenig vertraut gewesen sei.

Der Fürst machte sozusagen ganz allein «les frais de la conversation». Die ganze Gesellschaft war «Aug und Ohr», denn er weiß wirklich durch seine geistreiche und bei diesen Anlässen auch so heitere Causerien Alles zu fesseln. — Um 9 Uhr endlich trennte man sich, uns, d. h. mir und meiner Frau gab die ganze Familie Bismark die freundlichsten Wünsche auf den Weg, und wir verließen das gastliche Haus unter dem Eindruck, daß ein noch freundlicherer wohlwollender Empfang nicht möglich gewesen wäre.

Um zehn Uhr war dann noch Empfang auf der englischen Botschaft, wo wir uns ganz der Arbeit des «Bekanntwerdens» widmeten.

Von der Gotthard-Frage war beim Reichskanzler mit keinem Wort die Rede, *er* bot keine Gelegenheit hiezu, und ich glaubte mir, mit Rücksicht

¹ Auch in Varzin und Friedrichsruh hat Graf Herbert von Bismarck nicht nur als Gutsverwalter gewirkt, sondern wichtige diplomatische Aktenstücke theils nach Diktat, theils in eigener Redaktion niederzuschreiben gehabt, wodurch er immer mehr zum unentbehrlichen vertrauten Helfer wurde.

² Adolphe Thiers, 14. 4. 1797 bis 3. 9. 1877, der bekannte französische Staatsmann und Geschichtsschreiber, war zuletzt Präsident der 3. Französischen Republik (1871—1873). Vgl. G. KÜNTZEL, Thiers und Bismarck, 1905.

auf den Charakter der Gesellschaft und der Einladung, nicht erlauben zu dürfen, die Initiative hiezu zu ergreifen.

Indem ich Ihnen nochmals ganz unverhohlen meine Freude darüber ausspreche, durch die Einladung zu Bismark mein Land und seine Regierung in so ausnahmsweisem Maaße geehrt zu sehen, und indem ich Sie wiederholt bitte, meinen Bericht hierüber als ausschließlich von diesem Standpunkte ausgehend aufzufassen, versichere ich Sie, Herr Bundespräsident, aufs Neue meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ihr ganz ergebener *A. Roth*

4. *Tschudi an Heer, 8. 2.*

Verehrter Herr Präsident!

Ich habe gestern Ihrem Departemente einige Mittheilungen über die Vorgaenge in Constantinopel gemacht¹. Viel Positives weiß man auch heute noch nicht über die Motive, welche den Sultan bewogen haben, seinen Großvezir so schnell ins Exil zu senden. Aleko Pascha² that gestern sehr geheimnisvoll und sagte mir, er könne und dürfe vor der Hand noch keine weiteren Enthüllungen machen; «wo Staatsrücksichten so laut sprechen, müssen alle andern Rücksichten schweigen». Ich vermuthe aber, daß er hinter dieser Redensart nur seine eigene Unwissenheit versteckte. Er wird immer sehr spaet von der Pforte resp. von Savfes Pascha³ infor-

¹ Midhat Pascha war seit dem 22. Dezember 1876 Großvezir gewesen. Er war es, der die kurzlebige türkische Verfassung ausgearbeitet hatte. Unter Kanonendonner ließ er sie am ersten Tage der Konstantinopeler Botschafterkonferenz, die vom 22. Dezember 1876 bis zum 20. Januar 1877 dauerte, verkündigen. Obwohl die Forderungen einer Vorkonferenz, die in den Tagen vom 11.—22. Dezember versammelt war, stark ermäßigt wurden, lehnte die Pforte alle Vorschläge der Mächte, die sich insbesondere auf Garantien für die christliche Bevölkerung der Balkanhalbinsel bezogen, ab, wonach die fremden Botschafter nacheinander Konstantinopel verließen. Am 5. Februar aber wurde Midhat Pascha durch eine Palastintrigue, an deren Spitze sich der Schwager des Sultans befand, gestürzt. Der Minister des Auswärtigen theilte in einem Rundschreiben vom 7. Februar den Vertretern der Pforte im Auslande mit, daß Midhat kraft § 113 der Verfassung, welcher dem Sultan das Recht verlieh, staatsgefährliche Personen zu verbannen, des Landes verwiesen worden sei. Der Inhalt dieses Zirkulars war offensichtlich am 8. Februar in Wien noch nicht bekannt. Und zudem hätte daraus auch nicht eben viel über die wirkliche Tragweite des Vorganges entnommen werden können.

² Aleko Pascha Fürst Vgorides war seit dem Juli 1876 türkischer Botschafter in Wien, später (1879—84) Generalgouverneur von Ostrumelien.

³ Savfes Pascha, türkischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

mirt. So brachte Rothschild⁴ die Nachricht von Midhats Entsetzung gegen Mitternacht auf den Concordiaball, während der anwesende Aleko Pascha noch keine Ahnung davon hatte und sie officiell erst in der Früh erhielt.

Gestern Abends war Hofball, also saemtliche Diplomaten und oesterreichischen Staatsmaenner anwesend. Die Unterhaltung drehte sich natuerlich in erster Linie um die Vorgaenge in Constantinopel. Die Bestunterrichteten behaupteten ganz unverholen, daβ Midhats Sturz Ignatieffs⁵ Werk sei und er noch in den letzten Tagen seiner Anwesenheit fieberhaft an seiner Intrigue gesponnen habe; diese und *nicht* die «Stürme» im Pontus seien die wahre Ursache der Verzögerung seiner Abreise gewesen. Über die wahrscheinlichen Folgen des Wechsels im Großvezirat gingen die Ansichten ziemlich weit auseinander; während naemlich einige Diplomaten behaupteten, Edhems⁶ Amtsdauer werde nur eine sehr kurze und Mahmud Pascha⁷ sein Nachfolger sein, die russische Machination also vollständig gelingen, glaubten andere, die auch Ignatieff in nicht so nahe Verbindung mit Midhats Falle stellten, daβ die Kriegsgefahr in allernaechste Nähe gerückt sei, da Edhem Pascha Europa gegenüber, wie er es auch bei den Conferenzen bewiesen hat, zu den unversöhnlichsten ottomanischen Intransigenten gehört. Edhem soll den Krieg mit Rußland wollen und Ignatieff tödtlich hassen. Man glaubt, daβ Abdul Hamid⁸ die Verfassung nicht zurückziehen werde, daβ schließlich aber doch nur ein Bruchstück von Midhats Elaborat übrigbleiben werde, und auch dieses nur sehr allmaehlig ins Leben gerufen würde. Aleko Pascha wiederholte immer wieder, die Constitution sei durch den Ministerwechsel durchaus

⁴ Albert Salomon von Rothschild, 1844—1892, Urenkel des großen Frankfurter Finanzmannes und Bankgründers, war seit 1874 Chef des Wiener Hauses.

⁵ Graf Nicolai Ignatjew, 1832—1908, russischer General und Staatsmann. Er war von 1864 bis 1877 Botschafter in Konstantinopel. Er trug dort nicht wenig zur Verschärfung der politischen Lage auf der Balkanhalbinsel bei. Nach dem Verlassen Konstantinopels begab er sich zunächst nach Wien, dann führte ihn eine diplomatische Reise nach Berlin (4. März), wo er eine mehr als sechsstündige Unterredung mit Bismarck hatte, nach Paris (8. März), und London (16. März) und auf der Rückreise nochmals über Paris, Wien und Berlin (28. März). Dokumente darüber in Band 2 der *«Großen Politik der europäischen Kabinette»*, Berlin 1922, S. 134 ff. Der Vorfriede von S. Stefano gilt vor allem als sein Werk. Im Jahre 1881 wurde er noch Innenminister, doch führte seine Haltung (exzessiver Panslawismus, Duldung von Judenpogromen) schon vor Ablauf eines Jahres zu seiner Entlassung.

⁶ Edhem Pascha, bisher Botschafter in Berlin, wurde nach dem Sturze Midhats Großvezir.

⁷ Mahmud Pascha, Großvezir unter Sultan Abdul Asis, der 1876 abgesetzt wurde.

⁸ Abdul Hamid II. war am 31. August 1876 Sultan geworden (bis 1909).

nicht gefährdet, überhaupt werde die Entfernung Midhats keinen wesentlichen Einfluß auf die einmal eingeschlagene Pfortenpolitik ausüben.

Es behaupteten aber gestern auch einzelne Diplomaten, und zwar nicht etwa leicht wiegende, daß Midhat sicherlich binnen kurzem mit allen Ehren zurückberufen und in Gnaden aufgenommen werde, da aller Wahrscheinlichkeit keiner der Staatsmaenner in Constantinopel der außerordentlich schwierigen Situation gewachsen sei.

Ignatieff wohnte mit seiner Gemahlin dem Hofballe bei, und wurde von dem größten Theile der über Tausend Anwesenden weidlich angeglotzt. Er war ungemein lebhaft und beweglich, stets laechelnd und heiter. Seine Physiognomie hat durchaus nichts sympatisches, sein Blick ist lauernd, der Gesichtsausdruck macht den Eindruck der Falschheit. Unter den anwesenden Diplomaten hatte er von früher hier viele Bekannte, theils von Petersburg, theils von Constantinopel her. Ihr Urtheil über ihn ist ziemlich übereinstimmend. Comte de Jongh⁹, der belgische Gesandte, der Ignatieff jahrelang in Petersburg kannte, sagte mir, er sei ein ungemein frivoler, characterloser Mann, aber von entschiedenem Intriguententalente; er kümmere sich absolut um keine moralischen oder irgendwie anderweitige Rücksichten, wenn er einen politischen Zweck verfolge; jedes Mittel, auch das schlechteste und verwerflichste, sei ihm recht, wenn es nur seine Absichten fördere; er koenne den besten Freund verrathen, wenn es ihm gerade in den Kram passe. Je n'ai jamais connu individu plus *malin* que lui, fügte schließlich de Jongh bei.

Ignatieff wird nicht mehr nach Konstantinopel zurückkehren; als sein muthmaßlicher Nachfolger wird der hiesige russische Botschafter Nowikoff¹⁰ genannt. Ignatieff moechte sehr gerne den Wiener Posten haben, aber wie ich Ihnen vertraulich mittheilen kann, wenn Gortschakoff¹¹ die übliche Anfrage an das hiesige Auswaertige Amt, ob die Persoenlichkeit angenehm sei, richtet, wird Andrassy¹² ersuchen, ihm einen anderen Vorschlag zu machen. Als Nachfolger Gortschakoffs wurde Ignatieff schon oft

⁹ Graf L. de Jonghe d'Ardoye war seit 1866 belgischer Gesandter in Wien, vorher (seit 1856) in gleicher Stellung in St. Petersburg.

¹⁰ Geheimrat C. von Nowikow war seit 1870 russischer Botschafter in Wien.

¹¹ Fürst Alexander Gortschakoff, 1798—1883, war seit 1856 (bzw. 62) der Leiter der russischen Politik.

¹² Julius Graf von Andrassy, 1823—1890, war seit 1871 gemeinsamer Außenminister der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Gortschakoff und Andrassy gehörten neben Bismarck und wenigen andern während langen Jahren zu dem engen Kreis von Männern, die für die Geschieke Europas verantwortlich waren.

genannt; seine Ernennung zu diesem Posten soll aber mehr als zweifelhaft sein, da er in Petersburg eine überaus mächtige Parthei *gegen* sich hat.

Ignatieff unterhielt sich gestern auch sehr lebhaft mit Aleko Pascha, wobei jeder begreiflicherweise sehr hinter dem Berge hielt. Aleko ist, als Armenier, weniger zurückhaltend, als es die echten Türken sind, und ich habe von ihm stets sichere Auskunft über die orientalischen Vorgänge erhalten. Ich stehe mit ihm auf einem sehr freundschaftlichen Fuße und spreche ihn oft taeglich, besonders wenn interessante Neuigkeiten aus Constantinopel einlaufen. Kürzlich mußte ich bei einem Diner zwischen ihm und dem Gastgeber wegen eines sehr unerquicklichen Etiquettenstreites den Schiedsrichter abgeben. Aleko behauptete naemlich, es gebühre ihm als Botschafter der Vorrang vor dem ebenfalls anwesenden Prinzen von Wasa¹³.

Während des Cercles beim gestrigen Hofballe sagte mir der Kaiser¹⁴: «Ich habe aus den Berichten meines Gesandten in Bern¹⁵ mit großem Interesse entnommen, auf wie tactvolle Weise der Bundesrath die Unruhen in Tessin behandelte¹⁶.»

Über die hiesigen Vorgänge bezüglich des Credits für die Beschikung der Pariser Weltausstellung¹⁷ halte ich stets unser Eisenbahn- und Handelsdepartement au courant. Ich habe ihm noch gestern die weitläufige Motivierung des Budgetausschusses, welcher beim Abgeordnetenhouse die *Verwerfung* des von der Regierung verlangten Credits beantragt, eingesandt. Wie das Votum des Hauses ausfallen wird, kann mit annähernder Gewißheit kaum vorausgesagt werden. Die «kostspieligen Jahrmaerke» haben hier sehr viele Gegner und eine Ablehnung des Creditbegehrens würde Niemanden überraschen. Das Kunstgewerbe strengt sich am meisten für die Beschikung an; die eigentliche Großindustrie hat sich von Anfang

¹³ Das schwedische Adelsgeschlecht Wasa, das Schweden und Polen eine ganze Reihe von Königen gestellt hatte, war schon im 17. Jahrhundert erloschen. Den Titel eines Prinzen von Wasa hatte 1829 Gustav († 5. August 1877), der Sohn des schwedischen Königs Gustav IV., angenommen.

¹⁴ Kaiser Franz Josef lebte von 1830 bis 1916. Er war im Gefolge der revolutionären Ereignisse von 1848 auf den Thron gekommen. — Die beiden andern Kaiser waren Wilhelm I., 1797—1888, und Zar Alexander II., 1818—1881 (Zar seit 1855).

¹⁵ Österreichischer Gesandter in Bern war seit 1868 Freiherr von Ottenfels-Gschwind.

¹⁶ Siehe die Anmerkungen zu Segessers Brief an Heer vom 28. Januar 1877 (Nr. 1).

¹⁷ Die 7. Weltausstellung fand im Jahre 1878 in Paris statt, wo schon 1855 und 1867 derartige Ausstellungen ihren Standort hatten.

an ablehnend verhalten. Ich glaube nicht, daß politische Rücksichten bei uns oder bei irgend einem anderen Staate bei der Frage der Beschikung der Ausstellung in die Waagschale gelegt werden sollten. Politik wird aus Opportunitaet und nicht aus Liebe oder Haß gemacht. Wir koennen die groeßten Opfer bringen, uns Frankreich gefaellig zu erzeigen, und morgen tritt eine politische Combination ein, bei der Frankreich unsere Freundlichkeit vornehm ignorirt, und umgekehrt wird es unsere Freundschaft, wenn es dieselbe braucht, recht angelegentlich suchen, wenn wir auch die Ausstellung nicht beschiken. Alleine maßgebend koennen hier nur die *eigenen* Interessen sein. Graf Chaudordy¹⁸ hat sich während seines zweitaegigen Aufenthaltes in Wien sehr bemüht, die Regierung zu bestimmen, Allem aufzubiethen und ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß die Ausstellung reichlich beschikt werde.

Sie haben gewiß die brennende Frage des Bankausgleiches zwischen Österreich—Ungarn in den oeffentlichen Blättern verfolgt¹⁹. Gestern sind die Verhandlungen gescheitert und Tisza²⁰ hat seine Demission heute schriftlich dem Kaiser überreicht. Ob sie angenommen werden wird, dürfte morgen schon entschieden werden. Die beiden Regierungen, eigentlich Parlamente, stehen sich schroff gegenüber. Der Ausgleich scheiterte eigentlich an dem Hochmuth, den Praetensionen und der Großmannsucht der Ungarn. Mit solchen Leuten ist schwer zu verhandeln. Und doch werden sie sich schließlich den gerechten Forderungen der hiesigen Regierung fügen müssen; denn die ungarische Regierung braucht bis Ende Merz 20 Millionen Gulden, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, sie erhaelt aber von gar keiner Seite einen Kreuzer Anlehen, bevor nicht die Bankfrage gelöst ist; am allerwenigsten zur Gründung eines gemeinschaedlichen Institutes, wie es eine ungarische Nationalbank waere. Die ungarische Finanzwirtschaft ist eine graeuliche. In zehn Jahren haben es die verschiedenen Ministerien dahin gebracht, dem Lande eine Schuldenlast aufzubürden, die nahezu ebenso groß ist wie die oesterreichische Schuld, dabei hat Ungarn eine miserable Administration, keine Volksbil-

¹⁸ Der französische Diplomat Graf Chaudordy hatte sein Land 1877 an der Konferenz von Konstantinopel vertreten, 1881 wurde er Botschafter in St. Petersburg.

¹⁹ Vgl. HEINRICH FRIEDJUNG, Der Ausgleich mit Ungarn. Über das Verhältnis Österreichs zu Ungarn und Deutschland, Leipzig 1877. — R. A. KANN, The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy. 1848—1918. 2 Bde., New York 1950. J. REDLICH, Kaiser Franz Josef von Österreich, Wien 1928.

²⁰ Siehe Anmerkung 5 zu Brief 19.

dung, keine Straßen, verödete Eisenbahnen, keine Industrie, eine nicht fortschreitende Agricultur, eine fast unerschwingliche Steuerlast, aber — Honveds! ²¹ und namenlos viel Selbstueberschaetzung.

Ich habe heute die bundesraethliche Mittheilung bezüglich unseres Handelsvertrages mit Rumaenien erhalten, bin aber mit demselben nicht ganz einverstanden. . . . *Ausführungen über die Modalitäten eines solchen Vertrages* . . . ²²

Es hat mich sehr gefreut, von Ihnen zu vernehmen, daß zwischen der Gotthardgesellschaft und dem Tunnelunternehmer ein befriedigendes Übereinkommen erzielt wurde ²³. Nun wird es sich zeigen, was die internationale Conferenz beschließen wird. Ich fürchte etwas Italien. Ich weiß nun allerdings nicht, wie weit der hiesige italienische Botschafter Graf Robilant ²⁴ von den Intentionen seiner Regierung in dieser Angelegenheit unterrichtet ist, aber ich kann Ihnen nur bemerken, daß er sich mir gegenüber wiederholt in dem Sinne ausgesprochen hat, als sei seine Regierung nicht gewillt, dem Unternehmen weitere Subsidien zukommen zu lassen als diejenigen, die von Anfang an bestimmt wurden.

Mit dem Ausdrücke meiner vorzüglichsten Hochachtung

v. Tschudi

Wien, 8. Febr. 77.

²¹ Seit 1867 wurde die ungarische Landwehr als Honvéd (Vaterlandsverteidiger) bezeichnet, nach 1919 war das die offizielle Bezeichnung für die ungarische Armee überhaupt.

²² Die Gesandtschaft in Wien hatte auch die Bestimmung, die Schweiz im Orient, wo diese weder Gesandtschaften noch Konsulate hatte, angemessen zu vertreten (nach Ausführungen Heers im Nationalrat, Prot. der Sitzung vom 5. 12. 1877 im Bundesarchiv). Schon im August 1876 hatte sie den Auftrag erhalten, mit rumänischen Vertretern in Wien wegen eines Handelsabkommens zu verhandeln. Vgl. im übrigen die bundesrätliche Botschaft zur Handelskonvention mit Rumänien, in: Bundesblatt 1878, II, 745—751.

²³ Über den 2. Nachtragsvertrag zwischen Louis Favre und der Gotthardbahngesellschaft vom 6. 2. 1877, der die Genehmigung des schweizerischen Bundesrates erhielt, unterrichtet MARTIN WANNER, Geschichte des Baues der Gotthardbahn, Luzern 1885, 168 f.

²⁴ C. F. Graf Nicolis de Robilant e Cereaglio, italienischer Gesandter in Wien seit 1871, Botschafter seit 1877.

5. Roth an Heer, 15. 2.

Die erste Hälfte des Briefes ist der Gotthardfrage gewidmet. Doch kann Roth einzig von der günstigen Aufnahme, die die Nachtrags-Konvention zwischen Favre und der Direktion in Berlin gefunden hat, Meldung tun, über die Dispositionen der Reichsregierung hat er nichts erfahren können, und auch seine Unterredungen mit dem italienischen Botschafter waren völlig ergebnislos.

Über den Sturz von Midhat Pacha und die Erhebung Edhem Pachas auf den Posten des Groß-Vezirs ein bestimmtes Urtheil abzugeben, ist mir, sowie allen meinen Collegen, die ich bis jetzt hierüber gesprochen habe, rein unmöglich. Man ergeht sich überall nur in Vermuthungen, man sucht nach Anhaltspunkten, um dieses unerwartete Ereigniß beurtheilen zu können, allein die Diplomatie ist um kein Haar besser informirt als die Tagespresse.

Von allen Seiten her hört man einfach das Bedürfniß aussprechen, die weitem Ereignisse abzuwarten, um sich ein Urtheil bilden zu können, Niemand getraut sich eine feste Ansicht auszusprechen. — Auch kennt man das Urtheil des Reichskanzlers und seiner Umgebung durchaus nicht, kurz, man ist allseitig in größter Verlegenheit, wenn man in Sachen befragt wird, die einen wollen und die andern können nichts sagen.

Über die Persönlichkeit Edhem Pachas hat mir Herr von Nothomb¹, der belgische Gesandte, einige wenige sehr interessante Mittheilungen gemacht, und zwar gestützt auf Unterredungen, welche er s. Z. mit ihm hatte. — Edhem Pacha sei entschieden Alt-Türke, er habe sich absolut gegen jede Theilnahme der Christen an der Regierung und Verwaltung ausgesprochen, er sei auch gegen jede Verfassung gewesen, ebenso gegen jede Einmischung Europas in die innern Angelegenheiten der Türkei, er habe immer betont, er würde viele verlorne Schlachten einer einzigen diplomatischen Niederlage, durch Aufgeben der Selbständigkeit der Pforte, vorziehen; es sei ihm unbegreiflich gewesen, wie man immer über die traurige Lage der türkischen Christen urtheile, er bestreite nicht, daß in Bulgarien Exzesse vorgekommen seien, er bedaure dieselben aufrichtig, allein diese Exzesse seien keineswegs von der Regierung veranlaßt oder begünstigt worden, sie seien vom Volke ausgegangen, und die Thatsache,

¹ Staatsminister J. B. Baron Nothomb war seit dem Jahre 1845 belgischer Gesandter in Berlin.

daß sich die christliche Bevölkerung immer und immer vermehre, daß dieselbe prosperire u.s.w., sei ein sicherer Beweis, daß deren Loos durchaus nicht ein so beklagenswerthes sei, wie man es behaupten wolle. — Hier in Berlin habe er dieses sein Urtheil offen ausgesprochen, was auch mit ein Grund gewesen sein mag, daß Fürst Bismark mit ihm gar nicht verkehrte. Als Edhem Pacha hier anlangte, machte Bismark demselben allerdings die übliche Höflichkeitsvisite, ließ demselben aber gar keine Zeit, um die politische Situation zu besprechen, sondern verließ ihn nach 10 Minuten wieder, indem er Amtsgeschäfte vorschützte, und später hat er ihn gar nicht mehr gesehen und seinen Abschiedsbesuch abgelehnt. Wie sich nun Edhem Pacha unter den jetzt gegebenen Verhältnissen verhalten und mit seinen eben ausgesprochenen Ideen zurecht finden wird, ist eine zweite Frage. — Jedenfalls ist man zu der Annahme berechtigt, daß er, wenn er am Ruder bleibt, nicht mehr für die Ausführung der Verfassung thun wird, als gerade nothwendig ist, und daß er im Stillen eher für die Aufhebung der Verfassung und die Rückkehr der frühern Zustände arbeitet. Übrigens glaubt hier Niemand daran, daß er lange Groß-Vezir bleiben werde, denn es soll, neueren Nachrichten zu Folge, in Konstantinopel wieder stark gähren².

Auch über die allgemeine Frage, was nun, nach dem Scheitern der Conferenz, kommen und ob Rußland im Frühjahr den Krieg beginnen werde, habe ich noch kein Urtheil gehört, das nicht schon wiederholt in den öffentlichen Blättern gegeben worden wäre.

Daß die Tessiner Verfassungswirren endlich und in so ruhiger Weise ihren Abschluß gefunden haben, freut mich sehr. — So hat der Bundesrath doch wenigstens dieses epinöse Traktandum nicht mehr auf dem sonst so schwer belasteten Arbeitsverzeichnis. — Die Gotthardfrage wird Ihnen leider noch genug des Unangenehmen und Schwierigen bringen.

...

² Edhem Pascha wurde in der Tat schon zu Anfang des Jahres 1878 wieder seiner Stellung entsetzt. «Edhem Pascha wurde abgesetzt», heißt es in dem Bericht des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Staatssekretär von Bülow vom 15. Januar 1878, «weil sich der Sultan entschlossen hatte, mit der Politik seines Großvezirs, der den Krieg bis aufs äußerste für die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei wollte, zu brechen und den Frieden nachzusuchen.» (*Die Große Politik der europäischen Kabinette*, Bd. 2, Berlin 1922, S. 163).

[Briefkopf]
S. Bavier
Ingenieur
CHUR

Chur, 15. Feb. 1877

Lieber Freund!

Für das soeben erhaltene offizielle Schreiben des hohen Bundesrathes¹ und die so überaus wohlwollende und allzu freundliche Beurtheilung meiner Tessiner Campagne, muß ich Dir meinen tiefgefühlten Dank aussprechen!

Die wechselvolle und bewegte Zeit, welche ich im Tessin erlebte, wird mir stets in Erinnerung bleiben, und wenn es mir vergönnt war, mich dem Lande einigermaßen nützlich zu erweisen, so verdanke ich diesen Erfolg nebst der Vorsehung auch der unwandelbaren, festen und patriotischen Haltung des h. Bundesrathes! Nie werde ich das Vertrauen und das freundschaftliche Interesse, mit welchem namentlich die beiden Herren Bundespräsidenten² mir zur Seite standen, vergessen und stets auch die Unterstützung, Ermuthigung und Stärkung, die ich von ihnen erhielt, in unauslöschlichem, dankbarem Andenken bewahren!

Mit freundschaftlichem, herzlichem Gruß

Dein ergebener *S. Bavier*

¹ Das Dankesschreiben, auf das Bavier Bezug nimmt, ist vom 13. Februar 1877 datiert. Es ist in *BAVIERS Lebenserinnerungen* abgedruckt, in: *Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur* II, 1922/23, 87 f. Abschließend wird darin anerkannt, daß es ihm gelungen ist, «vor der ganzen Welt den Beweis zu leisten, daß die Republik imstande ist, auch ohne Entfaltung militärischer Machtmittel, mitten im Sturme gewaltig erregter Leidenschaften, das Banner der Ordnung und Gesetzlichkeit aufrecht zu halten.» Anschließend findet sich hier auch ein kurzes Dankschreiben des tessinischen Staatsrates abgedruckt (dat. 19. 2. 77). Diesen beiden Schreiben fügt der Verfasser der Lebenserinnerungen folgende Worte an:

«Ich bin verpflichtet hier beizufügen, daß ich meinen Erfolg bei meiner so schwierigen Aufgabe dem sichtlichen Beistande des Allmächtigen, dem ich fest vertraute, zu verdanken habe. Ohne die feste Zuversicht, daß er mir beistehe, hätte es mir an Kraft und an Einsicht gefehlt, meine Mission zu erfüllen. Es ist wunderbar, wie der Mensch, der, auf sich allein gestellt, in erbärmlicher Ohnmacht unterliegen muß, durch den Gedanken, daß Gott mit ihm ist, gehoben und zur Erfüllung seiner Pflicht befähigt wird.»

² Im Jahre 1876 hatte Emil Welti den Bundesrat präsidirt.

7. *Welti an Heer, 21. 3.*

Mein lieber Freund!

Da uns die Pein auferlegt ist, Sie nicht sehen zu dürfen¹, so sende ich Ihnen in diesen Zeilen einen herzlichen Gruß und spreche meine Freude über die guten Nachrichten aus, die wir seit einigen Tagen erhalten. Hoffentlich darf ich Ihnen das bald selbst sagen. Neues gibt es nichts; die Bundesversammlung ergeht sich in langen unerquicklichen Debatten und hat bis jetzt noch nichts fertig gebracht. Doch ist sichere Aussicht, daß das Fabrik- und Militärsteuergesetz in leidlicher Weise erledigt werden. Die Sitzung² wird noch in die nächste Woche hineindauern. Vom Gotthard ist leider auch nichts zu berichten. In Berlin ist von Bülow eröffnet worden, man wolle den Ruin der Gesellschaft nicht, glaube im Gegentheil, das Unternehmen nur durch ihre Erhaltung retten zu können. Die deutschen Vorschläge seien an Italien mitgetheilt worden, das aber trotz allen Drängens noch nicht geantwortet habe. Aus Rom wissen wir nur soviel, daß die technische Commission ihre Arbeiten beendet, das Ministerium aber noch keinen Entschluß gefaßt habe. Die Verhandlungen in Nordostbahnsachen gehen im ganzen günstig vorwärts, nur das rechte Seeufer sei noch sehr widerspenstig³. Sie sehen, daß der Bundesrath noch nach keiner Seite ernsthaft engagirt ist, was mir wenigstens einigen Trost dafür gewährt, daß Sie nicht bei uns sind. Wenn ich vernehme, daß Ihnen meine Mittheilungen nicht ungelegen sind, so wiederhole ich dieselben mit Freuden. Auf baldiges Wiedersehen! Herzliche Grüße von Bavier.

Bern, 21. März 1877.

Ihr *Welti*

¹ Heer lag seit Ende Februar in Bern sehr schwer krank (Brustfellentzündung) darnieder. Nach zwei Monaten konnte er zur Erholung nach Glarus heimkehren. Am 4. Juni fuhr er, noch nicht ganz erholt, zur internationalen Gotthardkonferenz nach Luzern.

² Gemeint ist «Session». Dieses Wort nahm erst verhältnismäßig spät die Bedeutung «Sitzungsperiode» an, lange verwendete man hiefür, wie in diesem Briefe, auch «Sitzung», oder auch «Versammlung», «Bundesversammlung», «Tagung».

³ Bei der schweren Krise der Nordostbahn handelte es sich theils um die Beschaffung neuer Mittel, theils um die Reduktion des Bauprogramms oder doch um die Verschiebung einzelner Teilstrecken. Glarus, dessen Hinterländerbahn eine Zeitlang gefährdet schien, kam bei den Verhandlungen gut weg. Eine Reihe von Briefen beim Nachlaß Heer unterrichten gerade darüber, leider aber doch nicht so vollständig und klar, daß sich deren Abdruck in diesem Zusammenhang lohnen würde. Bundesrat Welti gab in einem Brief an Heer geradezu der Befürchtung Ausdruck, die Erfolge der Glarner könnten die Verhandlungen nach andern Seiten erschweren (W. an Heer, 14. Mai 77).

8. *Wolti an Heer, 14. 5.*

...

Über Krieg und Frieden wissen wir nicht mehr als andere Sterbliche. In Berlin scheint man an weitere Verwicklungen ernstlich zu glauben, und in Frankreich (auch an unserer Grenze) wird eifrig gerüstet. Diese Nachrichten habe ich aus privater, aber sehr sicherer Quelle.

...

9. *Wolti an Heer, 18. 5.*

Mein lieber Freund!

Ihr Brief mit seinen Nachrichten und Betrachtungen hat einen schmerzlichen Eindruck auf mich gemacht. Ich bitte Sie um alles in der Welt, fassen Sie keinen Entschluß, bis Sie wieder völlig hergestellt sind, und nicht bloß gegen außen sprechen Sie sich nicht aus, sondern schlagen Sie selbst diese Gedanken aus dem Sinn. Sie dürfen zu mir das Vertrauen haben, daß, wenn es sich einmal um die Entscheidung über Ihre Zukunft handelt, ich meine persönlichen Wünsche und Interessen und diejenigen des Landes Ihrem persönlichen Wohl unterordnen und Ihnen nichts Unrechtes zumuthen werde. Haben Sie Geduld, es kommt gewiß bald besser, und was Sie vorher beschließen, käme nicht gut heraus. Auch um Verlängerung desurlaubes sollen Sie nicht einkommen; der Fall eines Urlaubsbegehrens ist überhaupt nicht vorhanden; Sie bleiben so lange, als es nötig ist, und das wird Ihnen der Bundesrath auch zu wissen thun.

Die Italiener haben uns telegraphisch erklärt, sie seien vom 25. d. M. an zur Konferenz bereit ...

Mit der Ersparnisbotschaft geht es nun auch vorwärts; das Finanzdepartement hat vorläufig ein Exposé über die jetzige Situation eingegeben, und von dem Militärdepartement und Postdepartement liegen die Vorschläge über Ersparnisse und die Äufnung der Einnahmen auch vor. Am Montag beginnen wir die Berathung, über deren Ergebnisse ich Ihnen lieber als jetzt über die Vorschläge berichten werde¹. An neuen Gesetzen liegt mir außer einer Vorlage über die Prüfung der Ärzte² nichts vor.

¹ Siehe Anmerkung 5 zu Brief 16.

² Gesetz über Freizügigkeit des Medizinalpersonals vom 19. 12. 1877, in: Amtl. Sammlung der Bundesgesetze ... NF 3, Bern 1879, 379 ff. Vgl. *E. V.*, Die Anfänge des Vereins schweiz. Gymnasiallehrer, in: *Gymnasium Helveticum* 14, 1959/60, 86 f.

Was sagen Sie zu den Pariser Neuigkeiten³? das riecht nach Staatsstreich. Also, mein lieber Freund, thun Sie sich, mir und der ganzen Eidgenossenschaft den Gefallen, vorerst an alle Geschäfte und an Ihre amtliche Stellung überhaupt gar nicht zu denken.

Ihr *Welti*

Bern, 18. Mai 1877.

10. *Welti an Heer, 20. 5.*

Mein lieber Freund!

Von der italienischen Regierung sind die Abgeordneten bezeichnet ... *Folgen Ausführungen über Namen und Bedeutung der italienischen Konferenzdelegierten.*

In Berlin sei die neuere günstige Wendung (wie ich auf privatem, aber sehr sicherem Weg erfahre) durch Bismarks Entscheidung eingetreten.

Endlich bin ich gestern dazugekommen, in ruhiger Stunde und [in] einem Zuge Ihre Biographie Blumers¹ zu lesen. Ich muß sagen, ich bin auf das Schicksal des lieben Heimgegangenen fast neidisch geworden. Wenn ich diese Thätigkeit und diese Erfolge und die innere Genugthuung, die sie gewähren, betrachte und damit dieses sogenannte politische Leben vergleiche, in dem *meine* Existenz aufgegangen ist, so stimmt mich das recht wehmütig und ich sehe mit Beschämung das traurige Facit meiner Rechnung voraus. Sie können diese Betrachtungen egoistisch, eitel und wie Sie wollen nennen, aber so sind sie nun einmal in mir aufgestiegen, und Ihnen darf ich ja mein Herz wohl ein wenig weiter öffnen².

³ Welti denkt an die fast staatsstreichähnliche Einsetzung des Kabinetts De Broglie durch den Marschall-Präsidenten Mac Mahon vom 16. Mai. Die nachfolgenden Kammerwahlen fielen republikanisch aus. Der Marschall beugte sich. Die Republik war gesichert.

Zu Brief 10: ¹ [JOACHIM HEER], Dr. J. J. Blumer. Sein Leben und Wirken, dargestellt nach seinen eigenen Aufzeichnungen. Separatabdruck aus dem Jahrbuch des glarnerischen historischen Vereins, Glarus 1877, 68 Seiten. Das von Dr. J. Heer unterzeichnete Vorwort ist datiert: Glarus, im August 1876.

² Bekundungen wie diejenige in dem Brief an Heer sind auch sonst überliefert, so in Weltis Grabrede auf Ph. A. von Segesser, gesprochen in Luzern am 3. Juli 1888: «Er hat durch seine Rechtsgeschichte, als er kaum an der Grenze des Mannesalters angekommen war, sich ein Denkmal gesetzt, das sein Leben und das kommende Geschlecht überdauern wird; er hat ein gleiches Denkmal sich gesetzt am Schlusse seines langen Lebens [Ludw. Pfyffer und seine Zeit, 3 Bde., Bern 1880/82], und diese

Nun Adieu; ich wünsche Ihnen vor allem gutes Wetter, dann wird sich Alles Andere machen. Wie wieder etwas Wissenswerthes passirt, sollen Sie es erfahren.

Ihr *Welti*

Pfingsten 1877 [20. Mai].

11. *Welti an Heer, 27. 5.*

Mein lieber Freund!

Ihr Brief hat mir große Freude gemacht, und ich will Ihre Fragen sofort beantworten.

Bei Ihrer Ernennung zum Delegirten habe ich (und meine Collegen wohl in gleicher Weise) gedacht, daß Sie an den ersten Sitzungen nicht Theil nehmen würden; daß aber die Möglichkeit einer längeren Dauer oder einer Vertagung der Conferenz nahe liege und Ihre Theilnahme für die zweite Abtheilung zu hoffen sei. Eine Zumuthung wollten wir Ihnen selbstverständlich nicht machen; hätten aber die Wahl ohne allen Zweifel auch auf den Fall vorgenommen, wenn wir hätten voraussetzen müssen, daß Sie gar nicht bei der Conferenz erscheinen würden. Das schien die bloße Höflichkeit zu gebieten. Daß Sie nun aber geneigt sind, gleich von Anfang an mitzuhalten, ist mir und uns allen nicht bloß eine große Freude, sondern für die Sache überhaupt erwünscht, und wenn Sie irgendwie noch schwankend sein sollten, so bitte ich, alle Bedenken zu beseitigen. Daß die Conferenzen in Luzern abgehalten werden, erleichtert die Sache sehr; Sie haben sich dann mit nichts weiter zu beschäftigen und können auch nach Belieben das Präsidium führen oder es abgeben; denn schaden sollen Sie sich unter keinen Umständen. Das ist nun meine Meinung und mein Wunsch, und ebenso denken ohne allen Zweifel auch meine Collegen. Leider ist Schenk heute abwesend, so daß ich ihm keine Mittheilung machen konnte.

Wir dachten auch erst an die Verschiebung der Conferenz; betrachteten dann aber ein solches Vorgehen bei der Dringlichkeit der Sache und

beiden Werke, wenn sie auch allein bestehen würden, stehen als zwei Ehrensäulen da, die länger dauern als der Stein, der dieses Grab hier deckt. *Er war ein Mann, der sein ganzes Leben gezeigt, daß die politische Tätigkeit und der tägliche Streit und Kampf nicht geeignet ist, eine große Seele und tief angelegte Natur auf die Dauer zu befriedigen.*» (HANS WEBER, Bundesrat Emil Welti, Ein Lebensbild. Aarau 1903, Anhang S. 118, ferner S. 7, 23 ff., 26, 190 ff.).

nach unserm Drängen als unmöglich. Damit war aber auch die Verlegung entschieden; denn ich sehe nicht ein, wie wir hätten während der Bundesversammlung bestehen können. Nach der Natur der Sache werden wir wohl je den andern oder dritten Tag Conferenz haben, und dann läßt es sich schon einrichten, daß Herr Schenk und ich abwechselnd hieher kommen können, besonders wenn man sich mit den Präsidenten verständigt. Diese combinirte Wirksamkeit wäre uns durch Ihre Theilnahme an der Conferenz noch sehr erleichtert. Haben Sie die Instructionen erhalten, und was sagen Sie dazu?

Morgen früh werde ich Schenk Ihren Brief zeigen; er ist ohne Zweifel meiner Meinung, und ich hoffe, es werde so gehen, wie ich es wünsche. Neues ist seit meinem letzten Briefe nichts; Koller kam gestern zurück und hat einen guten Eindruck über die italienische Stimmung mitgebracht¹.

Von Herzen Ihr *Welti*

Bern, den 27. Mai 1877.

12. *Welti an Heer*, 28. 5.

Mein lieber Freund. Ich habe so eben mit Herrn Schenk gesprochen; derselbe theilt vollständig meine Meinung über die Motive Ihrer Ernennung zum ersten Delegirten. Dagegen findet er, daß Sie durchaus das Präsidium übernehmen sollen; der Bundespräsident könne unmöglich als bloßer Beisitzer Theil nehmen. *Durch diesen Umstand* sollten Sie sich wirklich nicht abhalten lassen, ich glaube nicht, daß die Thätigkeit des Präsidenten schwieriger sein wird, oder viel mehr anstrengender als die eines Mitgliedes. Jedenfalls wäre Ihre Mitwirkung sehr zu wünschen.

Um die Post nicht zu versäumen, schließe ich und hoffe, Sie am 4. Juni in Luzern zu sehen¹.

Ihr *Welti*

Bern, 28. Mai 1877.

Zu Brief 11: ¹ Der Gotthardinspektor Ingenieur Koller, ein angesehener Eisenbahnfachmann war durch den Bundesrat in Sondermission zur Behandlung der Gotthardfragen nach Rom geschickt worden. Vgl. Brief 16 und Kommentar.

Zu Brief 12: ¹ Die internationale Konferenz tagte vom 4. bis 13. Juni 1877 in Luzern. Sie wurde durch den Vicepräsidenten des Bundesrates, Bundesrat Schenk, eröffnet und von der zweiten Sitzung an durch Bundespräsident Heer geleitet, neben

Mein lieber Freund. Ich habe
so eben mit Herrn Schenk
gesprochen; derselbe theilt
vollständig meine Meinung
über die Motive Ihrer E.
Nennung mit. Ersten Bed.
gibt. Dagegen findet er,
dass Sie sich darauf das
Präsidium über nehmen

Luzern, 27. Oct. 1877

Hochgeachteter Herr und Freund!

Ich bin so frei, Ihnen beiliegend ein kleines Opus zu überreichen, das bei seinem ersten Erscheinen gut aufgenommen wurde, mich aber seither nicht mehr ganz befriedigte, weshalb ich es für den II. Band meines Sammelwerkes zum großen Theil neu bearbeitete und für Freunde separat abdrucken ließ¹.

Wenn ich mir auch denke, daß Sie bei Ihren vielen amtlichen Geschäften für die Gegenwart wenig Zeit mehr für die Vergangenheit² haben, so konnte mich diese Betrachtung doch nicht abhalten, Ihnen das Opusculum zugehen zu lassen, da ich darauf halte, in Ihrer Bibliothek zu stehen, wie in Ihrer Freundschaft einen kleinen Platz zu behalten. Ich habe getrachtet, die Methode monographistischer Forschung und Darstellung, wie ich sie verstehe, an diesem Gegenstande zum Ausdruck zu bringen, und das mag der neuen Arbeit im Vergleich zu der alten doch einigen Werth geben, zudem habe ich über die Vermittlung einige neue Quellen benutzen können, wodurch nun die Sache ziemlich klar wird.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr ergebener *Dr. Segesser*

dem die Bundesräte Schenk und Welti die Schweiz vertraten. Die Konferenz kam zum Schlusse, von den 40 Millionen, die nach der Reduktion des Bauprogrammes, wie es die Konferenz festlegte, noch fehlten, seien 28 Millionen (Deutschland: 10, Italien: 10, Schweiz: 8 Millionen) auf dem Wege der Staatssubventionen zu beschaffen, während die Bereitstellung der restlichen 12 Millionen der Gotthardbahngesellschaft zu überlassen sei. Vgl. Wanner, a. a. O., 385 ff. Daß die Verhandlungen «äußerst schwierig und unerquicklich waren», weiß E. GAGLIARDI (Alfred Escher, Frauenfeld 1919, 633, Anm. 1) zu berichten. Sie stellten offenbar an den Präsidenten weit größere Anforderungen, als Welti beschwichtigend sagen zu können glaubte.

Zu Brief 13: ¹ PH. A. VON SEGESSER, Beiträge zur Geschichte des Stanser-Verkommnisses, Bern 1877, in neuer Bearbeitung separat erschienen als Broschüre von 168 Seiten, hernach in: Sammlung kleiner Schriften, Band 2 (Monographien, Recensionen, Nekrologe), Bern 1879, S. 1—168. Die Broschüre liegt, mit Dr. J. Heers Namenseintrag versehen, auf der Glarner Landesbibliothek.

² Über J. Heers historisches Schrifttum siehe *E. V.*, Landammann Dr. Joachim Heers deutsche Gesandtschaft, Anm. 12, in: 59. Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus, Glarus 1960, S. 39.

Leipzig 27. Oct. 1877.

Hochachtungsvoll
Ihrer und Freund!

Ich bin so froh, Ihnen brüderlich im kleinen
Opfer zu erweisen, daß bei seinem ersten Erschei-
nen Gott aufgenommen wird, mich aber darüber
nicht mehr ganz befriedigt, weshalb ich es für
den II Band meines Sammelwerkes zum ersten
Theil mit beibehalten & für Freunde separat
abdrucken ließ.

Warum ist mir auch schade, daß Sie bei Ihnen
nirgend anklagen Gottesfurcht für die Gegenwart
wenig Zeit mehr für die Vergangenheit haben, so
kann ich mich nicht enthalten und muß abgeben
Ihnen das Opusculum zur Verfügung stellen, da ich
traue, bald, in Ihrer Bibliothek zur Verfügung sein
in Ihrer Sammlung einen kleinen Platz zu befallen.
Ich habe getraut, in mancher Monographien
Licht zu werfen und das alles, was ich verfaßt, an
Ihren Gegenwart zum Ausdruck zu bringen

Privat

Verehrter Herr Bundespraesident!

Gleichzeitig mit Ihrer gefaelligen Mittheilung der Ernennung des Herrn von Claparède¹ zum Sekretär des politischen Departementes hatten Sie auch die große Güte, mich auf Herrn Rothpletz², gegenwaertig Volontair beim Departement des Innern, als dessen Nachfolger aufmerksam zu machen . . .

Ich weiß . . . nicht, bezweifle es aber, ob Herrn Rothpletz der Posten conveniren würde, denn er kann nur vorzüglich für solche junge Maenner annehmbar sein, die nicht allein auf das Honorar angewiesen sind, sondern auch eigenes Vermoeen besitzen. Ich gebe naemlich dem Sekretair eine Remuneration von 2000 frcs. Als «Gehalt» genommen ist es allerdings wenig, bezüglich der von mir verlangten Leistungen aber entsprechend. In den Staaten, die ein festorganisirtes diplomatisches Corps haben, müssen die in dasselbe eintretenden jungen Maenner jahrelang ganz ohne Gehalt dienen; allerdings haben sie die Aussicht, mit der Zeit in Gehaltstufen ein- und vorzurücken. Sehr viele aber warten diese Zeit nicht ab, sondern bleiben nur einige Jahre in der Carrière, um sich Erfahrungen zu sammeln und die gesellschaftlichen Vorzüge, die mit der Stellung verbunden sind, zu genießen. So war es auch mit meinen bisherigen Secretairen, über die ich mich nur sehr lobend aussprechen kann, der Fall.

Ein schweizerischer Gesandte, der ein betraechtliches eigenes Vermoeen besitzt, kann seinem Secretair einen größeren Gehalt geben; ich bin nicht in dieser Lage. Waehrend vollen sechs Jahren (vom October 1866 bis Ende 1872) habe ich jährlich von meinem eigenen Vermoeen 12—15 000 frcs. zugesetzt. Daß ein Gesandter mit 25 000 frcs. Gehalt (ungefähr was vor 1873 hier ein erster Commis in einem Handlungshause hatte) bei den unerhörten Preisen, die während der Schwindelepoche für alle Lebensbedürfnisse gezahlt werden mußten, nicht von ferne seinem Range angemessen leben konnte, bedarf wohl keiner weiteren Versicherung. Nach

¹ Dr. iur. Arthur de Claparède, 1852—1911, Legationssekretär in Wien 1876 bis 1877, zeitweilig Geschäftsträger, zum Sekretär des eidgenössischen Politischen Departementes ernannt 1877, widmete sich später in seiner Vaterstadt Genf geographischen Forschungen.

² Emil Heinrich Rothpletz, 1851—1922, von Aarau.

dem unglücklichen Krach von 1873 traf auch mich das unverdiente Schicksal von so vielen Tausenden, daß Werthpapiere, die selbst von der Regierung als solche bezeichnet worden waren, in denen Korporations- und Waisengelder angelegt werden konnten, gaenzlich entwerthet wurden und nicht einen Pfennig Interessen zahlen, daß also Capital und Zinsen verloren sind.

Mit lebhaftem Interesse habe ich Kenntniß der bundesraethlichen Botschaft³ über das Postulat von 1869 hinsichtlich der diplomatischen Vertretung genommen und kann ihr nur ihrem ganzen Inhalte nach vollkommen beistimmen. Es ist wirklich auffallend, wie wenig richtiges Verstaendniß auch bei einem Theile der Bundesversammlung über das Wesen, die Aufgabe und, ich moechte sagen, über den Mechanismus (*sit venia verbo*) der diplomatischen Vertretung herrscht. Ich kann mir gar nicht denken, welche Stellung ein Gesandter einnehmen sollte, der z. B. von einer dem Bundesrathe oppositionellen Majoritaet gewählt würde, wenn er in die Lage kaeme, Auftraege des Bundesrathes ausführen zu sollen, die nicht in Übereinstimmung mit der Ansicht seiner Mandatäre sind. Es kommt sehr haeufig vor, daß ein Gesandter im Auftrage seiner Regierung derjenigen gegenüber, bei der er accreditirt ist, eine Stellung einnehmen und Auftraege ausführen muß, die mit seiner persönlichen Ueberzeugung nicht harmoniren, aber als pflichtgetreuer Mann wird er diese unterdrücken und den ihm vorgeschriebenen Weg strenge innehalten. Wenn nun aber in einem solchen Falle ein Gesandter weiß, daß seine persönliche Ansicht mit der der Majoritaet, die ihn gewählt hat, übereinstimmt, so

³ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. Erledigung des Postulates... über die diplomatische Vertretung der Schweiz im Auslande vom 28. September 1877 (Schweizerisches Bundesblatt vom 20. Oktober 1877, S. 31 ff.) Die Erkrankung des Vorstehers des Politischen Departementes war schuld daran, daß die Botschaft nicht schon im Sommer hatte vorgelegt werden können. Der handschriftliche Entwurf bei den Akten (Bundesarchiv: EPD 1848—1917, Schachtel 339) zeigt eindeutig, daß Heer, der auch als Glarner Landammann das Landsgemeindememorial selbst geschrieben hatte, der Verfasser der Botschaft ist. Er tritt darin dafür ein, daß weiterhin der Bundesrat die Gesandten ernenne, und zwar nicht auf eine feste Amtsdauer. Der Sitz der Gesandtschaften und die Kosten, die eine jede erfordert, sind bereits im Bundesbeschluß vom 21. Dezember 1872 festgelegt. Ein neues Gesetz erübrigt sich. Es ist also dem Postulat keine Folge zu geben. Die eidgenössischen Räte schlossen sich dieser Auffassung mehrheitlich an. Im bundesrätlichen Geschäftsbericht 1877 (Bundesblatt 1878, II, S. 346) heißt es: «Das Postulat betr. gesetzliche Normierung der diplomatischen Vertretung der Schweiz im Ausland hatten wir die Ehre, mit unserer Botschaft vom 28. September zu beantworten, weshalb wir glauben, auf diesen Gegenstand nicht zurückkommen zu sollen.»

kann er ja, ohne seiner Verantwortlichkeit etwas zu vergeben, den bundesrätlichen Auftrag unerfüllt lassen, möglicherweise sogar in oppositionellem Sinne wirken. Der Bundesrath müßte sich das gefallen lassen, denn er koennte den Gesandten, der sein Mandat nicht von ihm, sondern von der Bundesversammlung hat, wohl kaum abberufen. Das Verhaeltniß waere ein durchaus ungesundes und unhaltbares.

Bei dreijähriger Wahl der Gesandten waere ein haeufiger Gesandtenwechsel sehr wahrscheinlich; erfahrungsgemaeß ist aber ein solcher immer nachtheilig. Ein Gesandter, der einen neuen Posten antritt, braucht zum mindesten ein Jahr, um sich gehoerig über die inneren Verhaeltnisse des Landes und das Terrain, auf dem er sich bewegen soll, zu orientiren⁴. Aber haeufig reicht auch ein Jahr nicht hin, und ich glaube z. B., daß es einem Gesandten in Wien fast unmoeglich ist, sich auch in diesem Zeitraume über die durch den Dualismus so aeüßerst complicirten inneren Verhaeltnisse und die auch durch diesen bedingte aeußere Politik der Monarchie genau zu instruiren. Ich spreche aus Erfahrung, denn es kommt mir haeufig vor, daß Collegen, die schon zwei bis drei Jahre in Wien sind, sich an mich um Aufschluß über manche Fragen wenden. Ein Gesandter, der längere Zeit an seinem Posten bleibt, lernt eine Menge der subalternen, aber doch hervorragenden Beamten kennen, die mit der Zeit hohe und einflußreiche Ämter bekleiden, und dann zu ihnen in viel vertraulichere und wirkungsvollere Beziehungen treten kann, als wenn er ihnen als Neuangekommener gegenüberstehen würde. Als ich 1866 meinen Posten antrat, war z. B. der einflußreiche langjährige Sectionschef im auswaertigen Amte und gegenwärtiger Reichsfinanzminister Baron Hofmann nur der wenig bedeutende Hof- und Ministerialsecretär Herr Hofmann, und als ich 1868 den oesterreichisch-schweizerischen Handelsvertrag verhandelte, war der heutige [österreichische] Finanzminister Baron Pretis der vom k.k. Handelsminister delegirte Unterhaendler. Fast alle Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums kannte ich in untergeordneter Stellung, und dieß ist von großem Einflusse auf die persönlichen und *geschaefentlichen* Beziehungen mit diesen Herren.

Was den Kostenpunkt anbetrifft, so ist die absolute Summe⁵, welche die diplomatische Vertretung der Eidgenossenschaft kostet, nach der An-

⁴ Vgl. Brief Roths an Heer vom 22. November 1877.

⁵ Die Kosten der diplomatischen Vertretung der Schweiz betrugen damals 170 000 Franken (Paris 50 000, Berlin, Rom und Wien je 40 000); dazu kamen noch 76 000 Franken für das Konsulatswesen.

sicht vieler Mitglieder der Bundesversammlung eine große, relativ gehö-
ren aber doch die schweizerischen Gesandten im Ausland immerhin noch
zu den geringst bezahlten Gesandten. *Ein* Botschafter einer Großmacht hat
oft einen Gehalt, der dem der vier schweizerischen Gesandten zusammen
gleich kommt, ja, ihn noch übertrifft. Wollte man die Gesandtschafts-
posten in Geschäftstraegerposten umwandeln, so könnte die Ersparung,
wie es auch in den Botschaft hervorgehoben ist, nur eine geringe sein und
würde von ferne nicht den Nachteil ausgleichen, den die Ernennung neuer
Männer von geringerem Einflusse aufwäge. Ich glaube auch, daß in kei-
nem der vier Großstaaten, bei denen die Schweiz Gesandte hat, die schwei-
zerischen Interessen je wirksam durch Generalconsule gewahrt werden
könnten. Man muß eben wissen, wie in diesen Staaten die Generalconsule
von oben herunter angesehen werden, wie sie ganz ohne diplomatischen
Einfluß sind und nicht einmal Zutritt zu dem diplomatischen Corps
haben, um die Sachlage richtig beurtheilen zu können. Da ein General-
consul nicht nebenbei noch ein anderes Geschäft betreiben, z. B. Kauf-
mann sein könnte, also auch einen entsprechenden Gehalt beziehen
müßte, so wäre das Geld beinahe unnütz hinausgeworfen. Es ist auch
erstaunlich, wie sich die Gesandtschaftsgeschäfte von Jahr zu Jahr ver-
mehren. Im Jahre 1867 hatte ich an Ein- und Ausläufen siebenhundert
und einige Protocollnummern; sie haben seitdem progressiv so zugenom-
men, daß sie sich jetzt schon auf bei zweitausend belaufen.

Es wurde mir vor kurzem die «Gazette de Lausanne» vom 10. und
11. October zugeschickt, in der sich zwei Artikel «la représentation diplo-
matique de la Suisse» befinden, die Ihnen ohne Zweifel bekannt sind. Ich
weiß nicht, wer der Verfasser ist, sie könnten aber von einem Fach-
manne geschrieben sein, so klar und prägnant ist die Frage behandelt.
Es finden sich darin sachgemäße Auseinandersetzungen über Punkte, die
in der bundesrathlichen Botschaft natürlich nur angedeutet werden
konnten.

Ich verlasse diesen Gegenstand, um noch einige Bemerkungen über die
politische Situation beizufügen.

Sie werfen die Frage auf, wie viel Gewicht der oesterreichische Ein-
wand gegen gewisse Bedingungen beim Friedensabschlusse des siegreichen
Rußlands haben werde. Das ist allerdings eine wichtige und vor der Hand
schwer zu beantwortende Frage.

*Folgen Erörterungen über die verschiedenen Phasen der orientalischen
Politik des Grafen Andrassy . . .*

Was nun die aufgeworfene Frage betrifft, ob Oesterreichs Einwände gegen gewisse Friedensbedingungen Rußlands Gewicht haben würden, glaube ich, dieselbe mit ziemlicher Gewißheit bejahen zu koennen. Meine Gründe dafür stützen sich auf die geographische Lage des Kriegsschauplatzes und der oestereichisch-ungarischen Monarchie. Bis es zum Abschlusse eines Friedens kommt, wird Rußland einen Verlust von nahezu 200 000 [Mann] seiner besten Truppen zu verzeichnen haben, immerhin aber noch maechtig genug sein, um der niedergeworfenen Türkei den Fuß auf den Nacken zu setzen. Will Österreich mit Gewalt seinen Forderungen Nachdruck geben, so kann es mit seinen in Siebenbürgen zu concentrirenden Truppen, einer intacten Armee, in kürzester Zeit und ohne besondere Schwierigkeiten die Donaufürstenthümer, in denen der Türkenhaß schon eine bedenkliche Höhe erreicht hat, besetzen und somit die russische Armee vollstaendig von ihrem Mutterlande abschneiden. In diesem Falle würde sich die Türkei natürlich zu letzten Kraftanstrengungen erheben, wenn es auch nur waere, um einen feindlichen Armeen immer sehr gefährlichen Guerillakrieg zu führen. Die russische Armee waere dann in der allerschlimmsten Lage. Dem russischen Kriegsministerium waere es dann auch sehr schwer, neue Armeen gegen Österreich aufzustellen, denn, wenn es in Rußland auch nicht an Menschenmaterial fehlt, so mangelt es doch an Kriegsmaterial, das schon in ausgedehntestem Maaße nach dem türkischen Kriegsschauplatze abgeschickt werden mußte.

Sie werden mir natürlich einwenden, daß Deutschland resp. Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck eine solche Theilnahme am Kriege nicht zugeben würden. Ich glaube aber doch mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß Deutschland sich nicht mit Rußland zum Kriege gegen Österreich-Ungarn verbinden würde; aber auch zugegeben, daß dieß geschehen würde, so waere auch damit der Abschluß einer französisch-oesterreichischen Allianz eingeleitet und bald vollzogen. Daß die französische Armee von 1878 [?] nicht mehr die von 1870 ist, das weiß man in Berlin sehr wohl und würde sich sehr bedenken, auf zwei Seiten zugleich anzubinden. Italien würde ohne Zweifel zu Rußland und Deutschland stehen; England koennte dann nicht mehr ruhiger Zuschauer bleiben, aber ganz gewiß nicht für Rußland ins Feld ziehen. Der europaeische Krieg im großartigsten Maaßstabe waere dann fertig ⁶. So weit wird es hoffentlich nicht kom-

⁶ In seinen annähernd gleichzeitigen offiziellen Gesandtschaftsberichten (Bundesarchiv Bern) erlaubt sich Tschudi das Ausmalen so kühner Perspektiven, wie er sie hier im privaten Brief dem Bundespräsidenten unterbreitet, nicht.

men, ein jeder europaeische Staatsmann, selbst ein Bismark⁷, wird sich hüten, die Ereignisse auf die Spitze zu treiben, und deßhalb bin ich auch überzeugt, daß beim eventuellen Friedensschlusse keine oesterreichisch-ungarischen Interessen werden gefährdet werden.

Der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit dem deutschen Reiche hat hier einen äußerst peinlichen Eindruck hervorgebracht; man hatte ihn zwar durch unannehmbare schutzzöllnerische Forderungen provocirt und an das deutsche Reich ein Ultimatum gestellt, das von demselben nicht angenommen werden konnte . . . Ich kann Sie aber nach Mittheilungen, die ich auf der deutschen Botschaft und von anderen durchaus verläßlichen Seiten erhielt, mit Bestimmtheit versichern, daß deutscherseits dem Abbruch der Verhandlungen *nicht das geringste politische Motiv* zu Grunde lag. Die deutsche Reichsregierung wünscht dringend den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn und ist bis an die äußersten Graenzen des Moeglichen entgegengekommen. Der oesterreichische Handelsminister ist aber, trotz der eindringlichsten Warnungen von den verschiedensten und competentesten Seiten in ein falsches Fahrwasser gerathen, aus dem er schwer wieder auf den richtigen Weg kommen wird. Moeglicherweise wird ihm aber bei Berathung des autonomen Zolltarifs das Abgeordnetenhaus wieder den Weg zeigen, den er von Anfang an haette einschlagen sollen.

Mit dem Ausdrücke meiner aufrichtigsten Hochschaetzung

Ihr ergebenster v. Tschudi

Wien, 31. Oct. 1877.

15. Roth an Heer, 22. 11.

Berlin, den 22. Nov. 1877.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Ich danke Ihnen verbindlich für Ihre sehr gefälligen Mittheilungen vom 10. und 17. d. M. Im Besondern wollen Sie versichert sein, daß ich die wohlwollende Absicht, welche Ihren Bemerkungen und Rathschlägen betreffend *politische Situations-Berichte* zu Grunde liegt, aufrichtigst zu schätzen weiß, sowie daß ich die Berechtigung fraglicher Äußerungen

⁷ Hier schimmert das kritische, wenig vorteilhafte Bild durch, das sich Tschudi von Bismarck gemacht hat. Vgl. Landammann Heers deutsche Gesandtschaft, 59. Jahrbuch, Glarus 1960, S. 74 f. (1867).

Pollegen und den in gemeinsamer Sitzung unter Vorsitz
des Kaisers über weitere Schritte zu besprechen, denen man
hier mit großer Spannung entgegen sieht. Ich kann Sie
aber nach Mithrasenfer, die von der deutschen Botschaft
und von anderen durchaus verlässlichen Seiten erhielt, mit
Bestimmtheit versichern, daß deutscherseits dem Abbruch
der Verhandlungen nicht das geringste politische Motiv
zu Grunde lag. Die deutsche Reichsregierung wünscht
dringend den Abschluß eines Handelsvertrages mit
Österreich-Ungarn und ist bis an die äußersten Grenzen
der Möglichkeit entgegen gekommen. Der österr. Handels-
minister ist aber, trotz der eindringlichsten Warnungen
von dem vorstehendsten und vornehmsten Seiten, in
ein falsches Fahrwasser geraten aus dem es schwer
wieder auf den richtigen Weg kommen wird. Möglichst
weise wird ihm aber bei Beratung des autonomen Zoll-
tarifs. das Abgeordnetenhaus wieder den Weg zeigen,
den es von Anfang an hätte einschlagen sollen.

Mit dem Ausdruck meines aufrichtigsten Hochschats
Zug

am 31. Oct. 1877

Ihre
ergebener

Stolte

gerne anerkenne. Erlauben Sie mir aber, zu Handen der betreffenden Mitglieder des hoh. Bundesrathes, in Kürze folgende *circonstances atténuantes* zu plädiren: Ich weiß gar wohl, daß von unsern Gesandten derartige Situationsberichte erwartet werden, und öfters schon nahm ich mir vor, dieser Spezialität meines Pflichtenheftes nachzukommen; jedesmal aber konnte ich mich des Gefühles nicht erwehren, daß mir, mit Rücksicht auf meine relativ doch kurze Anwesenheit in Berlin, die Verhältnisse, mit welchen zu rechnen ist, noch zu wenig bekannt seien, daß ich über die Zuverlässigkeit der Bezugsquellen noch allzusehr im Unklaren mich befinde, um selbständig richtig beobachten zu können. Dann trat noch der hindernde Umstand hinzu, daß seit meinem Amtsantritte . . . hier keine Frage direkt und so zur Behandlung gekommen wäre, daß wir über die Intentionen der Regierung nur einigermaßen Zuverlässiges hätten erfahren können. Also waren wir (Diplomatisches Corps), die wir bekanntlich mit dem Reichskanzler keine Fühlung haben können¹, auf allfällige Indiskretionen von Seiten der Beamten des Reichskanzler- oder Auswärtigen-Amtes, auf gelegentliche allgemeine Andeutungen des Herrn von Bülow² und — wie andere Sterbliche — hauptsächlich auf die Presse angewiesen, und aus all diesen Quellen war wenig lauterer, unverfälschter Wasser zu schöpfen, zum Filtriren aber fehlte mir, Neuangekommenem, wie bemerkt, der nöthige Apparat. — Übrigens gieng es noch vielen meiner Collegen ähnlich wie mir; so z. B. erklärte mir der gewiß sehr rührige und immer möglichst gut unterrichtete belgische Gesandte von Nothomb³ wiederholt, er wüßte in der That nichts, was er seiner Regierung von hier aus über die französische oder über die orientalische Frage berichten könnte, was nicht schon die Journale melden. Ich bitte Sie dringend, diese Bemerkungen nicht als «Rechthaberei» zu taxiren, sie sollen mich nur einigermaßen rechtfertigen und hauptsächlich vor der allfälligen Vermuthung schützen, als wäre ich nach dieser Seite hin indifferent oder, wie man es gelegentlich nennt, bequem. — Ich habe im Übrigen rücksichtlich meiner Geschäftsführung ein gutes Gewissen und darf wohl auch erwarten, daß der hoh. Bundesrath obige Auseinandersetzungen wenig-

¹ Der Reichskanzler, dessen Gesundheit geschwächt war, hielt sich damals häufig fern von Berlin auf seinem Gute Varzin auf und besorgte von dort aus die Geschäfte, so gerade vom November 1877 bis in den Februar 1878.

² Bernhard Ernst von Bülow, 1815—1879, war von 1873 bis zu seinem Tode Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu Berlin.

³ Siehe Anm. 1 zu Brief 5.

stens als zum Theil der Erwägung würdig anerkennen werde. — Ich werde nun aber ohne Verzug Ihrem sehr verdankenswerthen Winke Folge leisten, selbst auf die Gefahr hin, den Bundesrath durch meine periodischen Berichte, in qualitativer Beziehung, noch für längere Zeit unbefriedigt zu lassen. Sie gestatten mir wohl, meinen Handelsbericht vom 20. d. M., als in den Rahmen der Situationsberichte passend und somit als Inauguration des neuen modus der Berichterstattung aufzufassen, denn ich nehme an, daß derartige Materien, besonders wenn dieselben eine so prononcirte Aktualität aufweisen, wie es bei der jetzigen Handelssituation der Fall ist, Ihre verehrten Herren Collegen ebensosehr interessiren wie rein politische Berichte. —

...

16. Pioda an Heer, 9. 12.

[Briefkopf]
Légation Suisse
en Italie

Rome ce 9 décembre ¹ 1877

Monsieur le président!

Quoique Vous me laissiez encore un peu dans le doute par ce que Vous me dites dans votre lettre du 29 novembre, j'espère que votre santé vous permettra et votre volonté se décidera à garder le poste que la confiance de l'assemblée fédérale et l'opinion publique vous ont assigné. Si votre voyage en Italie ne pouvait avoir lieu qu'après que vous aurez déposé le fardeau que vous portez actuellement (du reste avec assez d'aisance), je voudrais alors qu'il fût aussi éloigné que possible.

J'expédie aujourd'hui les réponses concernant le protocole de Lucerne et le traité de commerce: la première est conforme à celle d'Allemagne et quoique non définitive, elle permet de faire un pas en avant: la seconde nous donne l'assurance que nous serons admis aux conditions de la France et de l'Autriche². Et d'ailleurs nous saurons bientôt à quoi nous en tenir au juste et je ne manquerai pas de Vous en télégraphier ...

¹ Der Brief ist irrtümlicher Weise vom 9 *novembre* datiert, inhaltliche Gründe aber zwingen zu der Korrektur, die wir vorgenommen haben.

² Gesandtschaftsberichte im Bundesarchiv.

J'ai lu dans les journaux suisses la nouvelle qui a immédiatement passé dans les journaux italiens. Le résumé du journal de Genève³ m'apprend l'attaque personnelle de Mr. Kaiser⁴ à laquelle il n'est pas dit que personne ait répondu . . .

Mr. Kaiser a encore dit que pour les traités de commerce il a fallu des délégations particulières. D'abord ce n'a pas été le cas pour le traité avec l'Italie du 22 juillet 1868. Ensuite que voudrait-on déduire de ce que pour les traités de commerce on adjoint des commerçants? Est-ce qu'on pourrait dire qu'il est inutile d'avoir un Conseil fédéral parceque dans certaines questions il appelle des experts? Est-ce qu'il est inutile d'avoir un général parcequ'il a besoin d'adjudants?

Vous avez fort bien dit que le moment n'est pas bien choisi pour traiter une question si grave sous la pression de la crise financière, dans un état pour ainsi dire fiévreux⁵. Ce n'est que dans un pareil état que l'on peut

³ Journal de Genève vom 6. 12. 1877.

⁴ Nationalrat Simon Kaiser SO hatte auf das Ungenügen der schweizerischen Vertretung in Rom hingewiesen, was notwendig gemacht habe, wegen des Stagnierens der Gotthardfrage im Mai einen Sonderdelegierten nach Rom zu schicken (Ing. Koller, vgl. Brief Nr. 11), wie man denn auch bei Handelsvertragsverhandlungen mit dem ordentlichen Vertreter nicht auskomme. Pioda rechtfertigte sich nun in den weggelassenen Teilen des Briefes überzeugend gegenüber Heer und legte die Abschrift eines ausführlichen und auch materiell sehr interessanten Rechtfertigungsschreibens bei, das schon am 13. Mai, und zwar wegen der Erkrankung Heers an Vizepräsident Schenk, abgegangen war. Wir kommen beim Abdruck auf diese Dinge nicht zurück und geben nur die Partien wieder, die, entsprechend den Darlegungen des Wiener Gesandten J. J. Tschudi, Notwendigkeit und Nutzen einer schweizerischen Diplomatie zu erhärten versuchen.

⁵ Im Jahre 1877 stand man unter dem Eindruck, Ersparnisse drängten sich gebieterisch auf. In dieses Jahr fällt die bundesrätliche Botschaft betr. die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts in der Bundesverwaltung (vom 2. Juni, Bundesblatt vom 21. Juli 1877, S. 349—439). Doch wollten weder diese Botschaft noch der nationalrätliche Kommissionsbericht gerade die Kosten des Politischen Departementes beschneiden. Ein derartiger Vorstoß erfolgte erst bei der nationalrätlichen Budgetberatung vom 5. Dezember 1877. Durch ein Postulat wollte die nationalrätliche Budgetkommission den Bundesrat einladen, «zu untersuchen und Bericht zu erstatten, ob nicht die Gesandtschaftsposten in Rom und Wien in Generalkonsulate umzuwandeln seien.» Der Berichterstatte meinte, für die Generalkonsulate in den beiden Hauptstädten müßten nur je 4000—5000 Franken eingesetzt werden. Bundespräsident Heer sprach sich gegen diesen Vorschlag aus und führte die mannigfachen Gründe an, die zur Beibehaltung der beiden Gesandtschaften veranlaßten, wobei er allerdings nicht ganz verhehlen konnte, daß er im Grunde seines Herzens kein enthusiastischer Anhänger der Gesandtschaften sei, die doch bei der allgemein gewordenen Publizität sicher keine Staatsgeheimnisse mehr entdecken könnten (Journal de Genève vom 6. Dezember 1877: . . . sans être partisan quand-même des légations . . ., vgl. Heers deutsche Gesandtschaft,

rendre la diplomatie responsable de la rupture d'équilibre dans nos finances. Certes ils ne savent ce que c'est que de vivre dans une capitale ceux qui rêvent qu'il suffirait d'une somme de 4 à 5000 frs. Le plus mince banquier en a à peine pour son logement. Il ne s'agit point d'une vie fastueuse, mais décente: il ne s'agit pas de faire ripaille, mais de rendre les politesses que l'on reçoit: il s'agit de la considération que le monde refuse (il est ainsi fait) à des allures trop mesquines. *Ne nimia paupertate contemnendus*⁶. Ou bien veut-on nommer un riche négociant? Riche ou pauvre le négociant veut gagner de l'argent, c'est son métier. Mais alors comment exiger qu'il donne tout son tems et toutes ses pensées aux affaires? Quand il sera chez le ministre ne pensera-t-il pas au moyen de tirer parti de son audience? Et s'il entre dans quelque affaire, qui dépende du Gouvernement, comment pourra-t-il soutenir toute son indépendance de caractère? Et d'ailleurs comment pourra-t-il discuter sans les connaissances spéciales qui font l'essence du diplomate et qui le mettent au niveau de son interlocuteur?

Vous avez dit qu'en face de la publicité parfaite qui existe maintenant la diplomatie a perdu de son importance: mais les nouvelles que les journaux ne disent pas? et celles qu'ils altèrent et qu'ils falsifient? Mais si être bien renseigné est d'une grande importance il est encore plus important de bien influencer: c'est là qu'est le travail qui ne discontinue jamais, qui se fait le jour et la nuit, dans les bureaux et dans les salons, dans les pourparlers officiels et dans les conversations amicales, c'est par là qu'on prépare le terrain, que les bons rapports s'entretiennent et augmentent, et les conflits sont prévenus ou aplanis. En 1872 la rupture

59. Jahrbuch, Glarus 1960, S. 44). Heer wies vor allem auch auf die unmittelbar bevorstehenden Handelsvertragsunterhandlungen hin und meinte abschließend, unter dem Eindruck der jetzt vorherrschenden pessimistischen Stimmung sollten keine Aenderungen getroffen werden, «sondern es sollte wenigstens der Verlauf des Jahres 1878, wo die Abklärung der Krisis zu hoffen sei, abgewartet werden» (NZZ vom 6. Dezember 1877, Nr. 574). In dieser Debatte war es, daß der Solothurner Vertreter Simon Kaiser zur Stützung seiner These, daß «der Militarismus und die Diplomatie» zwei hauptsächliche Ursachen des Niederganges der eidgenössischen Finanzen seien, die von Pioda angezogenen Äußerungen tat. Das Postulat wurde mit 47 zu 41 Stimmen überwiesen. In den Budgetbotschaften für 1880 und 1881 aber wird einfach darauf hingewiesen, daß die Kosten der vier Gesandtschaften auf gesetzlichen Vorschriften beruhten. Über das Schicksal des Budgetpostulates aus dem Dezember 1877 verlautet in den Akten nichts mehr.

⁶ Hier scheint kein Zitat aus einem klassischen Schriftsteller, sondern eine eigene Prägung des Briefschreibers (?) vorzuliegen, wenigstens konnte auch ein junger Philologe, den ich um die nötigen Nachschlagungen bat, nichts Einschlägiges finden.

était imminente, Mr. Melegari ⁷ devait être rappelé parceque, disait-on ici, le Représentant de l'Italie avait été trompé lors de l'adjudication des travaux du tunnel etc. Eh bien, peu à peu la colère s'apaisa, Mr. Melegari au lieu d'être rappelé fut simplement appelé, on traîna en longueur, Mr. Melegari put retourner à Berne et après quelques mois on put considérer l'affaire comme terminée. Croit-on maintenant que tout cela est allé sans dire, que la diplomatie n'y a eu rien à faire. Lisez plutôt ma correspondance de ce tems-là. La diplomatie travaille sans bruit, elle ne peut s'afficher sous peine de devenir impuissante, son action doit pénétrer comme une douce chaleur. La diplomatie en général est accusée bien à tort: n'a-t-elle pas été le premier signe et le premier moyen de la civilisation internationale? et de l'état de guerre, puis d'hostilité, puis d'aversion perpétuelle n'a-t-elle pas contribué à amener les nations à se regarder comme amies? Et les légations permanentes ne sont-elles pas le lien qui les unit? Et son action lente mais constante et efficace ne s'efforce-t-elle pas chaque jour d'aplanir les obstacles qui s'opposent aux progrès qui ne peuvent s'accomplir que par l'accord des gouvernements? Sans doute nos ayeux n'avaient point de diplomatie permanente: mais nos ayeux avaient les capitulations militaires et nous n'en voulons plus: ils n'avaient point d'armée nationale et nous en avons une, ils n'avaient ni Conseil fédéral ni Tribunal fédéral, ils n'avaient ni les chemins de fer ni les télégraphes et nous avons tout cela! Ils n'avaient point de diplomatie permanente et souvent ils étaient les dupes des intrigues étrangères.

Ces idées que je rédige à la hâte m'ont été suggérées par la discussion du 5 décembre au Conseil national. C'est à Vous de juger si ce n'est qu'une: *Oratio pro domo!*

Recevez avec votre obligeance habituelle mes sentimens de sincère dévouement.

J. B. Pioda

17. *J. J. v. Tschudi an J. Heer, 21. 12.*

Verehrter Herr Bundespraesident!

Über den schweizerisch-rumänischen Handelsvertrag . . .

Baron Orszy sagte mir, daß nach den eingelaufenen Berichten saemtliche Großmaechte die türkische Circulärnote ablehnend beantworten und

⁷ Louis Amédée Melegari, 1807—1881, italienischer Gesandter in Bern 1867—1881 (1876—1879 italienischer Außenminister).

auf keine Mediation eintreten werden. (Graf Stollberg bestaetigte es mir auch für Deutschland¹.) England soll, nach Orszy, der Pforte den Rat gegeben haben, sich direct an den Czar zu wenden. Ich bat Orszy, mir den Widerspruch dieser Thatsache mit den englischen Rüstungen und der so oft wiederholten Äußerung englischer Seite, daß das Cabinet von St. James einen Separatfrieden nie gestatten werde, aufzuklaeren. Er meinte, England rechne darauf, daß Rußland der Türkei so harte Bedingungen stellen werde, daß sie dieselben nicht annehmen koenne und sich genöthigt sehen werde, nochmals an die Maechte heranzutreten, und daß dann erst der Zeitpunkt für England gekommen sei, scharf accentuirt aufzutreten. Die gegenwaertige Haltung Englands beunruhigt auch das hiesige auswaertige Amt einigermaßen. Baron Orszy sagte ferner, daß eine Äußerung der russischen Regierung vorliege, wornach sie einen Frieden unter Mitwirkungen der Großmaechte acceptire. Man dürfe nicht einwenden, daß 1871 zwischen Frankreich und Deutschland der Friede ohne großmaechtliche Intervention abgeschlossen worden sei; die Verhaeltnisse liegen heute ganz anders, indem dießmal ein von den Großmaechten garantirtes Verhaeltniß zerstört wurde und eine jede Großmacht verlangen koenne, daß der Friede nur unter Mitwirkung der Garantiemaechte abgeschlossen werden dürfe².

Über Art und Charakter der Demonstrationen in Budapest. — Graf Andrássy vor dem Finanzausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Ich erlaube mir hier noch einen Punkt zu berühren, der gewissermaßen nur noch ein historisches Interesse hat, den ich aber doch gerne richtig gestellt haben moechte. Im December vorigen Jahres erhielt ich einen confidentiellen Brief vom politischen Departement (21. Dec. 1876), worin es heißt: «La nouvelle que dans les pourparlers à Constantinople il aurait été question de faire occuper la Bulgarie par la Belgique et par la Suisse prend chaque jour plus de consistance³.» Ich wurde dann auf-

¹ Es handelt sich wohl um das Zirkular der Pforte vom 12. Dezember an die Mächte bezüglich der Einleitung von Friedensverhandlungen. Was die Ablehnung einer Vermittlung von deutscher Seite betrifft, siehe «*Die Große Politik . . .*», Band 2, Berlin 1922, S. 162 (v. Bülow an den englischen Botschafter in Berlin, 3. Januar 1878). O. zu Stolberg-Wernigerode war seit dem März 1876 deutscher Botschafter in Wien.

² Es wird hier auf den Pariser Frieden von 1856, der den Krimkrieg abschloß, angespielt.

³ Vgl. über diesen Plan der Vorkonferenz in Konstantinopel, der in der Hauptkonferenz nicht mehr aufgenommen wurde, FELIX BAMBERG, Geschichte der orientalischen Angelegenheit im Zeitraume des Pariser und des Berliner Friedens, Berlin 1892 (Allg. Geschichte in Einzeldarstellungen, hrsg. von W. Oncken) S. 479.

gefordert, mich des genaueren darüber bei meinen Collegen zu erkundigen und darüber zu berichten. In meinem Berichte vom 25. Dec. vorigen Jahres sagte ich u. A.: «Bei keiner der hiesigen Botschaften ist irgend ein Bericht über eine schweizerische Occupation irgend eines Theiles des türkischen Reiches eingetroffen, und ich kann Sie nur versichern, daß das Telegramm der Agence Havas bei den hiesigen Diplomaten als eine mau-vaise plaisanterie, die viel Heiterkeit verursachte, aufgefaßt wurde und daß man sich wunderte, daß irgend eine Zeitung dieser Frage einen ernstesten Artikel widmen konnte» etc. Die Antwort des Departementes vom 29. Dec. 1876 fiel etwas gereizt aus, und man stellte mir die Berichte von unserer Gesandtschaft in Paris entgegen. Ich wolte mich natürlich in keine weiteren Erörterungen darüber einlassen, beschloß aber, bei passender Gelegenheit der Sache genauer nachzuforschen. Diese Gelegenheit bot sich mir gestern bei einer Unterredung mit dem Sectionschef Baron Calice⁴ dar, der ja zweiter oesterreichischer Bevollmaechtigter bei der Constantinopeler Conferenz war. Er versicherte mich nun auf das bestimmteste, daß in keiner Conferenzsitzung noch überhaupt in keinen Pourparlers, denen die oesterreichischen Abgeordneten beigewohnt haben, die Schweiz erwähnt worden sei. Chaudordy habe Belgien genannt und bemerkt, er glaube zu wissen, daß es nicht abgeneigt waere, die Mission zu übernehmen. In den Conferenzsitzungen und in den Pourparlers sei im Allgemeinen von den europäischen «Mittelstaaten» gesprochen worden. An die Schweiz speciell habe wohl niemand ernstlich gedacht, da die Schweiz ja kein stehendes Heer habe. Baron Calice sagte, es sei möglich, daß Chaudordy in *engeren* Kreisen einmal die Schweiz genannt habe, und daß dadurch das Telegramm der Agence Havas entstanden sei. — So viel zur Rechtfertigung meiner Informationen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

ergebenst v. *Tschudi*

Wien, 21. Dec. 77.

18. *Roth an Heer*, 28. 12.

[die letzte von 4 Seiten lautet:]

Auch heute wüßte ich Ihnen über die politische Lage nichts Neues zu berichten; alle meine Collegen erklärten, nichts zu wissen, und der

⁴ Freiherr von Calice war Sektionschef im gemeinsamen Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Äußeren der österreichisch-ungarischen Monarchie.

neue bairische Gesandte von Rudhart¹ sagte mir heute auf der Straße, er habe pflichtgemäß einen politischen Bericht an seine Regierung abgefaßt und soeben zur Post gegeben, ohne im Stande gewesen zu sein, irgend etwas Erhebliches zu melden, er habe sich darauf beschränken müssen, auszuführen, daß diese und jene Zeitungsnachricht nicht wahr sei.

19. J. J. v. Tschudi an J. Heer, 29. 12.

Verehrter Herr Praesident!

Mit dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn scheint es nun wieder Ernst zu werden. Mitte Januar werden sich die oesterreichisch-ungarischen Abgeordneten nach Berlin begeben, mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgerüstet und auch mit dem Auftrage der Regierungen, das größt mögliche Entgegenkommen zu zeigen, so daß wohl zu hoffen steht, daß ein glückliches Endresultat zu Stande kommt . . .

Ich zweifle durchaus nicht daran, daß die Verhandlungen in Berlin von einem günstigen Erfolge begleitet sein werden. Die hiesige Regierung scheint doch allmählig einzusehen, daß sie auf einem Irrwege sich befindet und es hohe Zeit für sie ist, in richtige Bahnen einzulenken. Sie dürfte noch manche unangenehme Überraschungen haben und ihre Halsstarrigkeit bitter zu bereuen Gelegenheit haben.

Ich hoffe, unser Handelsdepartement denkt nicht mehr daran, unseren Handelsvertrag mit Österreich zu kündigen. Ich habe davon abgerathen und mich immer mehr überzeugt, daß wir durch eine Kündigung einen Fehler begehen würden. In einigen Tagen erwarte ich Nachrichten von Bukarest wegen der Declarationsverlaengerung . . .

Es hat mich sehr gefreut, daß Sie das schwierige Eisenbahn- und Handelsdepartement übernommen haben, da ich voraussichtlich auch in diesem Jahre wieder in sehr haeufiger Beziehung zu demselben stehen werde.

Mein Bruder¹ theilte mir das im Staenderath vertheilte Bulletin be-

Zu Brief 18: ¹ Die deutschen Landesfürsten, die 1871 der Gründung des deutschen Reiches zugestimmt hatten, hielten bis zum Zusammenbruch von 1918 die Fiktion einer gewissen außenpolitischen Souveränität aufrecht und delegierten so auch weiterhin Gesandte an den König von Preußen.

Zu Brief 19: ¹ Friedrich von Tschudi, 1820—1886, war ursprünglich Pfarrer, dann, in St. Gallen niedergelassen, Privatgelehrter — er schrieb das berühmte «Tierleben der Alpenwelt» — und Politiker; seit 1870 gehörte er dem Regierungsrat, als Erziehungsdirektor, an, seit 1877 dem Ständerat.

züglich des Gesandtschaftspostulates von 1869 mit. Ich finde in dem Minoritätsvotum ein sehr bedenkliches Übergreifen der Legislative in die Rechte und Befugnisse der Executive, das unter gegebenen Verhaeltnissen von sehr schlimmen Folgen begleitet sein koennte und moeglichst vermieden werden sollte².

Wenn nur die eidgenössischen Raethe dahin gelangen würden einzusehen, wie verhaengnisvoll es für einen kleinen Staat werden kann, *wenn er selbst* freiwillig seinen maechtigern Nachbarn gegenüber auf gewisse Rechte, die er seiner internationalen Stellung gemaeß hat, *resignirt*, wenn er *sich selbst* kleiner und unbedeutender hinstellt, als er es in der That ist, wenn er seine *diplomatischen* Beziehungen mit Grenznachbarn, auf die er in unzähligen Fällen angewiesen ist, abbrechen würde, und sich dadurch auf das Niveau transatlantischer Kleinstaaten stellen würde. Als nicht weniger bedenklich würde ich es betrachten, wenn ein solcher Abbruch als Motiv «Hochmuth» mit der Devise «wir brauchen es nicht» haben würde.

Das neue Jahr, an dessen Pforte wir stehen, wird uns in politischer Beziehung voraussichtlich leider wenig Erfreuliches bringen. Nach meiner Ansicht ist der europaeische Krieg ganz unvermeidlich, ob er nun im Jahre 1878 oder ein Jahr spaeter ausbricht; er beruht ja ohnehin nur auf zwei Paar Augen. Die Luft ist drückend schwül, die politischen Verhaelt-nisse ungesund; es muß eine Klaerung folgen, wenn nicht die meisten europaeischen Staaten an inneren und aeußeren Schwierigkeiten sich aufreiben, zum Theil finanziel zu Grunde gehen sollen.

Englands Haltung beunruhigt hier in hohem Grade, besonders, weil man auf dem auswaertigen Amte über seine wahren Intentionen noch voll-

² Es handelt sich zweifellos um ein gedrucktes Einzelblatt «Traktandum 6. Anträge der Kommission des Nationalrates vom 18. Dezember 1877 in Sachen der Botschaft des Bundesrates vom 28. September 1877 betr. diplomatische Vertretung.» Die Mehrheit wollte den bundesrätlichen Schlußfolgerungen (siehe Anm. 3 zu Brief 14) zustimmen, die Kommissionsminderheit legte folgenden Beschlussesentwurf vor: «Art. 1. Die Errichtung ständiger Gesandtschaften, sowie die Feststellung von deren Besoldung, geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung. — Art. 2., Al. 1. Die Wahl der Gesandten geschieht durch den Bundesrat. Al. 2. Sowohl die Wahlen dieser Gesandten als auch die Wahlen anderer ständiger Agentschaften (Konsulate) in den Ortschaften, welche der Sitz einer Landesregierung sind, unterliegen der Bestätigung der Bundesversammlung. — Art. 3. Sowohl dem Bundesrat als auch der Bundesversammlung steht das Recht zu, diplomatische Beamte abzufragen.» (Bundesarchiv Bern: EPD 1848—1917, Schachtel 339: Diplomatische Vertretung der Schweiz im Auslande, Erledigung des Postulates vom 24. Juli 1869. 1869/1878).

staendig im *Unklaren* ist; es fehlen dem Minister des Äußeren bestimmte Anhaltspunkte darüber, welche Vorlagen das Cabinet von St. James dem Parlamente machen wird. Andrassy selbst tritt seit den Delegationssitzungen weit weniger selbstbewußt und siegessicher auf. Die definitive Cooperation Serbiens³ hat auf ihn einen deprimierenden Eindruck hervorgebracht, und er scheint zu fühlen, daß er sich an einem Wendepunkte seiner bisher befolgten Politik befindet.

Hierher gelangte Privatberichte vom Kriegsschauplatz in Bulgarien bringen entsetzliche Schilderungen von den aller Beschreibung spottenden Leiden, denen dort die Soldaten ausgesetzt sind⁴. Briefe aus dem russischen Lager sprechen von einem unerhörten Abgang von Soldaten in Folge der Kaelte und Strapazen und bemerken, daß die officiële russische Angabe des Abganges (80 000 Mann) verdoppelt werden müsse, um ein annäherungsweise richtiges Resultat zu haben.

Eben eingetroffene Telegramme melden, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Wiedereröffnung von Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in Abrede stellt; diese Nachricht stimmt nicht mit meinen hier eingezogenen Informationen, die ich eingangs berührte, überein und wird wohl naechstens wieder dementirt werden. Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza nach Berlin dürfte in Verbindung mit den wiederaufzunehmenden Vertragsverhandlungen zu setzen sein, wenn es sich auch nur um academische Besprechungen handeln sollte, und zwar von sehr allgemeiner Natur, denn Tisza versteht von Volkswirtschaft und Handelspolitik blutwenig, aber als feiner Kopf ist er wohl in der Lage, sich ein richtiges Stimmungsbild verschaffen zu koennen⁵.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

ergebenst v. *Tschudi*

Wien, 29. Dec. 1877.

³ Mitte Dezember hatten die Serben auf russischer Seite neuerdings den zu Beginn des Jahres abgebrochenen Krieg gegen die Türken aufgenommen.

⁴ Die Rotkreuzkonvention kam nicht zur Auswirkung, da man sich nicht rechtzeitig über die Gestaltung des Rotkreuzzeichens (Halbmond) hatte einigen können. Vgl. Schweizerisches Bundesblatt 1878, II, S. 845.

⁵ Kolman Tisza, 1830—1901, war von 1875 bis 1890 ungarischer Ministerpräsident, von 1887—1889 zugleich Finanzminister. Nach der allgemeinen Meinung (denn wir beziehen uns in dieser Anmerkung nur auf Brockhaus) besteht Tisas Verdienst in der Festigung des österreichisch-ungarischen Dualismus, in der Ordnung der ungarischen Finanzen und der Förderung des wirtschaftlichen Aufschwunges [!] seines engeren Vaterlandes.

ANHANG

